

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/5498**

Der Ministerpräsident | Staatskanzlei  
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

An den  
Vorsitzenden des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Thomas Rother, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

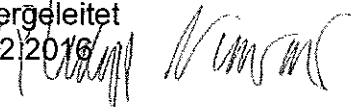
Ihr Zeichen: -  
Ihre Nachricht vom: -  
Mein Zeichen: -  
Meine Nachricht vom: -

Mareike Dietrich  
mareike.dietrich@stk.landsh.de  
Telefon: 0431 988-1782  
Telefax: 0431 988-6111782

nachrichtlich:

Frau Präsidentin  
des Landesrechnungshofs  
Schleswig-Holstein  
Dr. Gaby Schäfer  
Berliner Platz 2  
24103 Kiel

Gesehen  
und weitergeleitet  
Kiel, 05.02.2016



über das:

Finanzministerium  
des Landes Schleswig-Holstein  
Düsternbrooker Weg 64  
24105 Kiel

02. Februar 2016

**Stellen- und Personalabbaubericht des Jahres 2014**

Sehr geehrte Damen und Herren,

anliegend übersende ich Ihnen den Stellen- und Personalabbaubericht des Jahres 2014 mit der Bitte, diesen an den Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Bodo Hasenritter

**Anlagen**

Stellen- und Personalabbaubericht des Jahres 2014

# **Stellen- und Personalabbaubericht des Jahres 2014**

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein  
- Staatskanzlei -  
Zentrales Personalmanagement  
Stand: 26. Januar 2016

## Inhalt

1. Einleitung.....	2
2. Verfahrensvorgaben des Stellenabbaus.....	3
3. Anpassungen/Änderungen in 2014 und deren Auswirkung auf den Stellenabbau ....	3
a. Änderung der Geschäftsverteilung.....	3
b. Schaffung von 728 Lehrerstellen - davon 228 Stellen in 2014 - mittels Finanzierung durch frei gewordene Landesmittel .....	4
4. Entwicklung des Stellenabbaus in Staatskanzlei und Ressorts .....	5
a. Abschluss der Stellenpläne und -übersichten 2014 .....	5
b. Stellenabbaupfad und Berücksichtigung der zusätzlichen 728 Lehrerstellen .....	6
c. Tatsächlich vollzogener Stellenabbau bis 2014 .....	7
d. Mittels Stellenabbau erreichte Budgeteinsparungen .....	9
e. Stellenabbaupfade in den Landesbetrieben.....	9
5. Entwicklung von Personalkosten und Personalbestand in Staatskanzlei und Ressorts.....	10
6. Organisatorische Maßnahmen von Staatskanzlei und Ressorts zur Unterstützung des Stellen- und Personalabbaus .....	14
7. Nachwuchskräftegewinnung im Kontext des demographischen Wandels.....	15
8. Fazit.....	16
9. Aktuelle Entwicklungen.....	17

## 1. Einleitung

Der Finanzausschuss hat mit Bericht vom 03.12.2013 (Drucksache 18/1355(neu)) darum gebeten, dass die Landesregierung ihm jährlich im ersten Quartal nach Abschluss des Haushaltsjahres über den Stand des Stellenabbaupfades berichtet. Der Finanzausschuss erwartet, dass der Bericht unter anderem folgende Angaben je Ressort und Haushaltsjahr umfasst:

- Wie viele Planstellen und Stellen waren veranschlagt?
- Wie hoch war die Zahl der Vollzeitäquivalente zum Stichtag 31.12.?
- Wie viele Planstellen und Stellen waren nach dem Personalabbaupfad einzusparen?
- Wie viele Planstellen und Stellen wurden tatsächlich eingespart?
- Wie viele Vollzeitäquivalente wurden eingespart?
- Wie hoch waren die Personalausgaben - auf Jahresbasis - für die eingesparten Vollzeitäquivalente?
- Wie hoch war das Personalausgabebudget?

Mit dem „Stellen- und Personalabbaubericht 2013 und der Vorjahre“ vom 26.05.2014 (Umdruck 18/2761) wurde dem Finanzausschuss erstmals Bericht erstattet. Grundlagen und Historie des beschlossenen Stellenabbaus wurden darin ausführlich beschrieben. Die bis Ende des Jahres 2013 erreichten Meilensteine wurden mittels vorhandenen Datenmaterials dargelegt, wobei umfänglichere solide Daten für die Zukunft als Ziel benannt wurden.

Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf die Umsetzung des Stellenabbaupfades bis einschließlich Dezember 2014. Die Beschlüsse des Landtages zum Haushalt 2016 sind in diesem Bericht nicht verarbeitet. Eine Aktualisierung des Stellenabbaupfades für die Jahre 2016 ff. unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse erfolgt im Rahmen der nachfolgenden Berichterstattung zum Stellen- und Personalabbau.

Erstmals werden mit diesem Bericht auch Aussagen zu den von den Ressorts eingeleiteten organisatorischen Maßnahmen, die den Stellen- und Personalabbau unterstützen, und dem konkreten Personalabbau - nach Vollzeitäquivalenten gemacht (vgl. Ziff. 8 des Umdrucks 18/4863). Das hat zu einer strukturellen Änderung des Berichts und in der Folge zu einer Verzögerung des Abgabetermins geführt.

Zusätzlich wird in diesem Bericht auf das Thema Nachwuchskräftegewinnung im Kontext des demographischen Wandels eingegangen. Denn trotz des geplanten

Stellenabbau wird das Land SH sich zukünftig der Herausforderung stellen müssen, in Zeiten hoher Altersabgänge gut qualifiziertes Personal zu gewinnen.

## **2. Verfahrensvorgaben des Stellenabbaus**

Die Ressorts sind gehalten, grundsätzlich keine neuen Stellen anzumelden. Die Möglichkeiten, die sich aus den Stellenplänen/-übersichten ergeben, dürfen nur genutzt werden, soweit dies aufgrund der Budgetrestriktionen möglich ist. Personalmaßnahmen, welche die Einhaltung der Vorgaben für das Budget I und / oder den Stellenabbau gefährden bzw. verhindern, sind zu unterlassen. Im Fall von unabweisbar zusätzlich zu schaffenden Stellen, die nicht gleichzeitig durch den Wegfall vorhandener Stellen kompensiert werden können, wird zugleich ein kw-Vermerk ausgebracht, welcher den Wegfall der Stelle in der Regel innerhalb von drei Jahren - spätestens bis 2020 - sicherstellt.

Um die finanziellen Auswirkungen des Stellenabbaus u.a. gegenüber dem Stabilitätsrat nachweisen und dokumentieren zu können, übermitteln die Ressorts dem Finanzministerium jährlich Angaben über die Ist- und Planzahlen zum Budget I und die darin enthaltenen Personalausgaben für den jeweiligen Einzelplan.

## **3. Anpassungen/Änderungen in 2014 und deren Auswirkung auf den Stellenabbau**

### **a. Änderung der Geschäftsverteilung**

Im September 2014 hat das Kabinett eine Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung beschlossen. Der Aufgabenzuschnitt in der Staatskanzlei und den Ressorts hat sich dadurch zum Teil verändert.

Zu einer Verschiebung der Stellenabbauverpflichtung ist es in diesem Zusammenhang nur bei Überführung der folgenden beiden Bereiche auf das aufnehmende Ressort gekommen:

- Übertragung aus dem Einzelplan 03 (Staatskanzlei) in den Einzelplan 04 (IM): Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund.
- Übertragung aus dem Einzelplan 07 (MBW) in den Einzelplan 10 (MSGFG): Wissenschaft ohne Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, Kooperation im Bereich Meeresforschung sowie Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung (GEOMAR).

Basis dieses Berichts ist die Geschäftsverteilung, die bis zum 31.10.2014 gültig war. Die neue Geschäftsverteilung trat zwar zum 01.11.2014 in Kraft, wurde haushalts-

technisch jedoch erst zum 01.01.2015 nachvollzogen. Deshalb basieren auch alle zum 31.12.2014 abgerufenen und in diesem Bericht enthaltenen Daten sowie Ressortbezeichnungen noch auf der vormaligen Geschäftsverteilung.

Die Verschiebung von Stellenabbauverpflichtungen aufgrund der geänderten Ressortzuschnitte wird sich somit erst im Stellen- und Personalabbaubericht 2015 widerspiegeln.

**b. Schaffung von 728 Lehrerstellen - davon 228 Stellen in 2014 - mittels Finanzierung durch frei gewordene Landesmittel**

Mit Übernahme der Finanzierung der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) durch den Bund ab dem 01.01.2015 wurden beginnend mit dem Jahr 2015 Landesmittel in Höhe von 36,4 Mio. Euro für Bildungsausgaben in Schule und Hochschule frei. Die Vereinbarung im Zuge der Übernahme des BAföG durch den Bund sieht vor, die frei werdenden Mittel für die Bereiche Schule und Hochschule einzusetzen. Die Landesregierung hat entschieden, diese Mittel im Bereich Schule für zusätzliche Lehrkräfte mit dem Ziel der Verbesserung der Unterrichtsversorgung einzusetzen.

Um bereits erste Effekte in dem Schuljahr 2014/2015 erzielen zu können, wurden 228 neue Lehrerstellen zum 01.08.2014 zur Verfügung gestellt. In 2015 wurden weitere 200 Lehrerstellen, in 2016 zusätzlich 100 Lehrerstellen und in 2017 werden nochmals 200 Lehrerstellen bereitgestellt. Der Stellenabbaupfad wird in der Nettobetrachtung um diese 728 Stellen abgemildert.

Das Erreichen der gemäß der Vereinbarung zum Sanierungsprogramm avisierten strukturellen Einsparsumme von 215 Mio. € wird durch die zusätzlichen 728 Lehrerstellen nicht beeinträchtigt, weil diese Stellen ab 2015 aus Landesmitteln, die aufgrund der Übernahme der Finanzierung der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) durch den Bund frei werden, finanziert werden.

Das Land befindet sich auch nach dieser Entwicklung im Lehrerbereich beim Stellenabbau weiterhin im Plan. Dies wurde auch in dem Bericht über die Umsetzung des Sanierungsprogramms gemäß § 5 Stabilitätsratsgesetz<sup>1</sup> umfassend dargestellt. Der Stabilitätsrat hat den vom Land Schleswig-Holstein vorgelegten Sanierungsbericht zur Kenntnis genommen und begrüßt in seinem Beschluss, dass das Land die für das Jahr 2014 vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen im Wesentlichen umgesetzt hat.

---

<sup>1</sup> vgl. Umdruck 18/4380

## 4. Entwicklung des Stellenabbaus in Staatskanzlei und Ressorts

### a. Abschluss der Stellenpläne und -übersichten 2014

Der Abschluss der Stellenpläne und -übersichten 2014<sup>2</sup> entsprechend dem Haushaltsbeschluss vom Dezember 2013 ist als Anlage 1a beigefügt. Lässt man die Einzelpläne des Landtages und Landesrechnungshofes unberücksichtigt, weisen die Einzelpläne 03 bis 13 (ohne Wirtschaftsbetriebe und ohne Leerstellen) für das Jahr 2013 insgesamt 48.148 Stellen und für das Jahr 2014 insgesamt 48.127 Stellen aus. Die Anlage 1b enthält eine überarbeitete Fassung gem. Nachtragshaushalt vom 11.07.2014 und berücksichtigt damit die zusätzlich geschaffenen 228 Lehrerstellen. Hierdurch korrigiert sich die Zahl im Jahr 2014 auf insgesamt 48.355 Stellen (ohne Berücksichtigung der Einzelpläne des Landtages und Landesrechnungshofes).

Bei einer bloßen Betrachtung der Stellenpläne und -übersichten könnte der Eindruck entstehen, die Gesamtzahl der Stellen habe sich im Jahr 2014 gem. Anlage 1a um 21 Stellen reduziert bzw. unter Berücksichtigung der neuen Lehrerstellen gem. Anlage 1b um 207 Stellen erhöht und könnte damit die im Sanierungsprogramm mittels Stellenabbau angestrebte Einsparsumme von 215 Mio. € gefährden.

Dass dies nicht der Fall ist, wurde ausführlich im Vorjahresbericht<sup>3</sup> unter Ziff. 9 „Problematik des Messens des Stellenabbaus in der jährlichen Betrachtung“ erläutert.

So werden insbesondere folgende maßgebliche Effekte bei dieser Betrachtung vernachlässigt:

- Zusätzliche Stellen werden mit kw-Vermerk versehen und im Regelfall innerhalb der nächsten drei Jahre - zusätzlich zur Abbauverpflichtung gem. Stellenabbaupfad - eingespart.
- Die Einsparungen, welche gem. Stellenabbaupfad im Lehrerbereich zu erbringen sind, werden über zum 31.07. terminierte kw-Vermerke im Stellenplan des laufenden Haushaltsjahres ausgebracht. Haushaltstechnisch realisiert und somit als Einsparung angerechnet werden diese jedoch erst im darauffolgenden Jahr.

In 2014 sind beispielsweise im Einzelplan 07 zum 31.07.2014 insgesamt 465 kw-Stellen im Lehrerbereich weggefallen. Diese Reduzierung wird erst im Haushaltsplan 2015 ausgewiesen.

Beim Stellenabbaupfad hingegen gelten im laufenden Jahr diejenigen kw-Stellen als eingespart, deren kw-Vermerk innerhalb desselben Jahres wirksam wird.

<sup>2</sup> Quelle: Einzelplan 00, Gesamtplan für das Haushaltsjahr 2014, Allgemeine Bemerkungen, S. 74

<sup>3</sup> Stellen- und Personalabbaubericht vom 26. Mai 2014 (Umdruck 18/2761, Seite 11 ff.)

- Die in 2014 zusätzlich geschaffenen 228 Lehrerstellen führen zu einer Erhöhung der Stellen in den Stellenplänen und -übersichten. Da sie 2014 aus an anderer Stelle nicht benötigten Landesmitteln und ab 2015 aus Landesmitteln, die aufgrund der Übernahme der Finanzierung der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) durch den Bund frei werden, finanziert werden, gefährden sie nicht die mittels Sanierungsprogramm angestrebte Einsparsumme beim Stellenabbau.

Im Übrigen wird auf die Ausführungen des Vorjahresberichts verwiesen.

#### b. Stellenabbaupfad und Berücksichtigung der zusätzlichen 728 Lehrerstellen

Nachfolgend werden hinsichtlich des Stellenabbaupfades sowohl eine Bruttobetrachtung als auch eine Nettobetrachtung angestellt. Bei der Bruttobetrachtung wird der Stellenabbaupfad ohne die unter 3 b erläuterten 728 zusätzlichen Lehrerstellen abgebildet. Diese Darstellung ist zugleich Grundlage für den Budgetabzug.<sup>4</sup>

Einzelpläne	Gesamtergebnis 2011-2015	2011- 2013	2014	2015	2011- 2014
03 StK	-22	-16	-3	-3	-19
04 IM	-107	-73	-3	-31	-76
05 FM	-242	-147	-52	-43	-199
06 MWAVT	-39	-28	-6	-5	-34
07 MBW	-55	-31	-10	-14	-41
<b>MBW Lehrer - Alter Sachstand Beschluss vom 25.06.2013</b>	-1243	-513	-365	-365	-878
<b>MBW Referendare</b>	-275		-100	-175	-100
09 MJKE	-147	-87	-32	-28	-119
10 MSGFG	-57	-26	-16	-15	-42
13 MELUR	-88	-41	-26	-21	-67
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-2275</b>	<b>-962</b>	<b>-613</b>	<b>-700</b>	<b>-1575</b>

<sup>4</sup> Aufgrund anstehender Änderungen des Stellenbestandes/-abbaupfades mit dem Haushalt 2016 werden nur die Jahre 2011 – 2015 dargestellt.



Bei der Nettobetrachtung wird unter Berücksichtigung der 428 neuen Lehrerstellen in den Jahren 2014 und 2015 der Stellenabbau im Schulbereich - sowie im Gesamtergebnis - entsprechend abgemildert<sup>5</sup>:

Neue Stellen im MBW - Lehrkräfte	Gesamtergebnis 2011 - 2015	2011 - 2013	2014	2015	2011 - 2014
MBW Lehrer geplante Stelleneinsparung	-1243	-513	-365	-365	-878
MBW Lehrer zusätzliche Stellen Lehrkräfte	428		228	200	228
MBW Lehrer - Nettobetrachtung	-815	-513	-137	-165	-650

### c. Tatsächlich vollzogener Stellenabbau bis 2014

Der Stellenabbau ist bis zum 31.12.2014 gemäß Vorgabe erfolgt. Kleinteilige Abweichungen begründen sich durch die Anrechnung bereits erwirtschafteter Stellenguthaben in den Vorjahren.<sup>6</sup> Der Budgetabzug richtet sich nach der Spalte „Vorgabe“ und nicht nach der erbrachten Stelleneinsparung.

Einzelplan	Stellenabbaupfad bis 2020	2011		2012		2013		2014		2011 - 2014	
		Vorgabe	erbracht	Vorgabe	erbracht	Vorgabe	erbracht	Vorgabe	erbracht	Vorgabe	erbracht
Epl. 03 - StK	31	3	3	10	10	3	3	3	3	19	19
Epl. 04 - IM	526	22	24	21	21	30	31	3	1	76	77
Epl. 05 - FM	393	49	44	49	44	49	44	52	52	199	184
Epl. 06 - MWAVT o. Landesbetrieb	73	19	19	7	8	2	5	6	6	34	38
Epl. 07 - MBW ohne Lehrer	80	12	13	11	15	8	15	10	8	41	51
Epl. 07 - Lehrer "Bruttobetrachtung"	3.716	300	300	300	300	-87	-87	465	465	978	978
Epl. 09 - MIKE	247	20	20	38	38	29	29	32	32	119	119
Epl. 10 - MSGFG	93	12	43	12	1	2	12	16	16	42	72
Epl. 13 - MELUR ohne Landesbetriebe	186	10	31	13	12	18	12	26	26	67	81
<b>Summe "Bruttobetrachtung"</b>	<b>5.345</b>	<b>447</b>	<b>497</b>	<b>461</b>	<b>449</b>	<b>54</b>	<b>64</b>	<b>613</b>	<b>609</b>	<b>1.575</b>	<b>1.619</b>
Stellen-Guthaben bis Ende 2014										44	

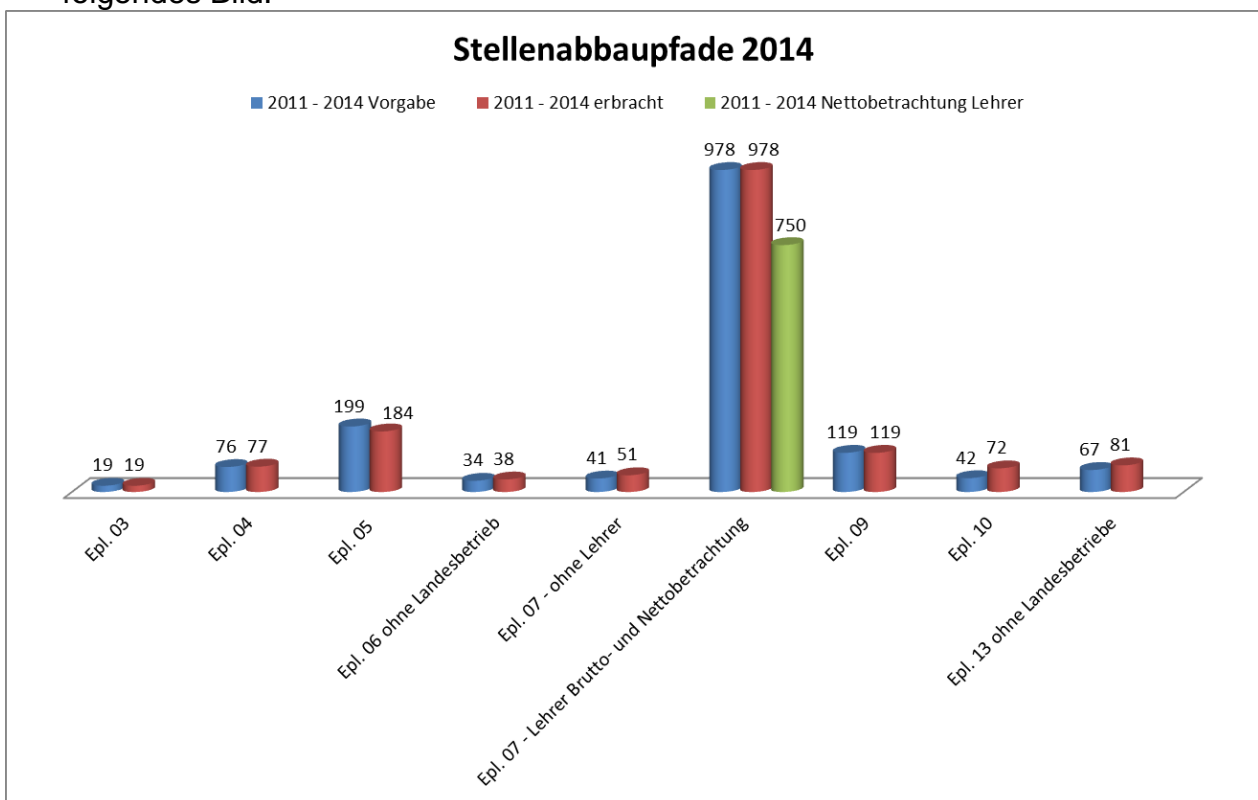
<sup>5</sup> Es gibt weitere aktuelle Entwicklungen hinsichtlich der Schaffung neuer Stellen, welche jedoch nicht den Berichtszeitraum 2014 betreffen und deshalb in den künftigen jährlichen Berichten thematisiert werden.

<sup>6</sup> Tatsächlich wurde im Einzelplan 05 für den angegebenen Zeitraum die Vorgabe von 199 Stelleneinsparungen eingehalten, da eine Konkretisierung der zusätzlichen Einsparverpflichtung von 15 Stellen erst in 2013 unter Verteilung auf die Haushaltsjahre 2018 bis 2020 erfolgte.

IM und das MBW haben sich jeweils 2 Stellen aus in den Vorjahren erwirtschafteten Stellen-Guthaben beim Stellenabbau in 2014 anrechnen lassen. Das Stellen-Guthaben hat sich entsprechend von 48 Stellen (Ende 2013) auf insgesamt 44 Stellen (Ende 2014) verringert. Damit wurden bis 2014 bereits 1.619 Stellen (Vorgabe: 1.575 Stellen) erbracht.

Bei einer Nettobetrachtung wurden im Lehrerbereich (einschließlich Referendare) im Jahr 2014 statt 465 Stellen nur 237 Stellen abgebaut, da - wie oben ausgeführt - 228 neue Lehrerstellen zum 01.08.2014 zur Verfügung gestellt wurden. Damit wurden zwischen 2011 und 2014 nicht 978, sondern 750 Stellen netto abgebaut. Der mit dem Stellenabbaupfad einhergehende Budgetabzug wurde hierdurch nicht beeinflusst.

Grafisch dargestellt ergibt sich hinsichtlich des Stellenabbaus von 2011 bis 2014 folgendes Bild:



Wie aus der Darstellung des erfolgten Stellenabbaus ersichtlich, haben einzelne Ressorts (IM, MWAVT, MBW - ohne Lehrerbereich, MSGFG, MELUR) beim Stellenabbau ein Guthaben erwirtschaftet. Das Finanzministerium hat aufgrund fehlender Konkretisierung von 15 Stellen ein entsprechendes Fehl<sup>7</sup> aufgebaut. Sowohl Guthaben als auch Fehls werden in den Folgejahren aufgrund von konkreten Ver-

<sup>7</sup> Vgl. hierzu Ausführung in vorstehender Fußnote.

einbarungen mit den Vorgaben der jeweiligen Ressorts in Einklang gebracht. Hierzu wird der jährliche Stellenabbau angepasst. Dies führt zwangsläufig dazu, dass die beschlossenen Jahresscheiben und die tatsächlich im Haushalt ausgewiesenen Stellenveränderungen - in geringem Maße - voneinander abweichen können.

#### d. Mittels Stellenabbau erreichte Budgeteinsparungen

		2012	2013	2014
		- in Mio. Euro -		
Stellenabbaupfad	mit Sanierungsprogramm angestrebt	40,8	47,0	66,8
	erreicht	35,0	41,3	61,0

Infolge des Stellenabbaus ergibt sich für den Zeitraum 2011 – 2014 ein akkumuliertes Einsparvolumen in Höhe von rund 61 Mio. Euro. Die Diskrepanz zwischen dem angestrebten und dem erreichten Einsparbetrag in Höhe von 5,8 Mio. Euro hängt mit den Einsparungen im Bereich der Lehrkräfte zusammen. Im ersten Jahr fielen die entsprechenden Stellen erst am 31. Juli weg, Budgeteinsparungen entstanden dementsprechend auch nur jahresanteilig (für 5 Monate); die weiteren 7 Monate sind im Einsparbetrag des Folgejahres enthalten.

Die volle Jahreswirkung der Stelleneinsparungen im Bereich der Lehrkräfte bis 2020 und damit das Einsparziel des Stellenabbaupfades insgesamt werden erst 2021 erreicht (volle budgetmäßige Auswirkung der am 31. Juli 2020 wegfallenden Stellen in 2021).

#### e. Stellenabbaupfade in den Landesbetrieben

Zu dem mit dem Stabilitätsrat verabredeten Stellenabbau wurden zusätzlich Stellenabbaupfade für den Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN-SH) und den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH) vereinbart.

	Gesamtergebnis 2011 - 2020	2011 - 2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015 - 2020
Pfad Landesbetrieb LKN *	-68	-9	-8	-9	-8	-9	-8	-9	-8	-51
Pfad Landesbetrieb LBV SH *	-130	-32	-5	-14	-14	-14	-14	-14	-23	-93

\* = Landesbetriebe mit durchschnittlicher Ausweisung der Jahresscheiben

Der LKN-SH soll bis 2020 insgesamt 68 Stellen abbauen. Der Stellenabbau bis 2014 beträgt 17 Stellen und entspricht somit der vereinbarten Vorgabe.

Der LBV-SH soll bis 2020 insgesamt 130 Stellen einsparen. Die ursprüngliche Planung, im Jahr 2014 insgesamt 14 Stellen abzubauen, wurde nachjustiert, sodass in 2014 nur 5 Stellen abgebaut wurden und sich die Stellenabbauverpflichtung in 2020 um 9 Stellen auf 23 Stellen erhöht hat. Wesentlicher Grund für die Abweichung ist, dass die Auswirkungen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zur Planfeststellung der A 20 beschleunigt abzuarbeiten sind und Personal erfordern. Das verabredete Einsparziel bis 2020 (Einsparung von 130 Stellen mit einem Budgeteffekt – ausgehend von 2014 bis 2020 – von 3,4 Mio. Euro) wird trotz dieser temporären Maßnahme erreicht werden.

## **5. Entwicklung von Personalkosten und Personalbestand in Staatskanzlei und Ressorts**

Mit Einrichtung des Zentralen Personalmanagements (ZPM) in der Staatskanzlei wurde zugleich festgelegt, dass die Einhaltung des Stellenabbaupfades über die Streichung von Stellen und die Kürzung des Budgets (durch das FM) gesteuert wird. Dies ist eine adäquate und effiziente Methode, um den Stellenabbau entsprechend der Vorgaben umzusetzen und gleichzeitig auf eine Verringerung des Personalbestandes hinzuwirken. Die konkrete operative Umsetzung des **Personalabbaus**, welcher im engen Zusammenhang mit der Einleitung entsprechender organisatorischer Maßnahmen steht, obliegt den Ressorts im Rahmen ihrer zugewiesenen Organisations- und Personalhoheit.

Aufgrund der dem Projekt zugrundeliegenden Steuerung über Stellen und Budget wurde der mit dem Stellenabbau einhergehende konkrete Personalabbau nicht gesondert erfasst. Ressortbefragungen haben zudem gezeigt, dass dem Stellenabbau oftmals kein konkreter Personalabbau zugeordnet werden kann, da eine Stelleneinsparung nicht auf eine konkrete - eine bestimmte Person betreffende - Personalmaßnahme folgt. Vielmehr werden alle Personalbewirtschaftungsmaßnahmen darauf ausgerichtet, dass der vorgegebene Stellenabbaupfad zu den genannten Terminen insgesamt eingehalten werden kann. Eine direkte Verbindung zwischen eingesparten Stellen und konkreten Arbeitsplätzen bzw. Aufgabenbereichen besteht somit grundsätzlich nicht. In der Folge ist es auch nicht möglich, zu jeder einzelnen weggefallenen Stelle darzulegen, in welcher Höhe Personalkosten reduziert werden oder wie sich der Wegfall auf die Vollzeitäquivalente (VZÄ) auswirkt.

Es bleibt festzuhalten, dass es zwischen dem Stellenabbau auf Basis des Stellenabbau-pfades einerseits und der Entwicklung der Vollzeitäquivalente andererseits keine direkte Beziehung gibt.

Als Anhaltspunkt über die Entwicklung der Personalausgaben ist dem Bericht jedoch eine Aufstellung der Personalausgabebudgets für die Jahre 2010 bis 2014 als Anlage 2 beigefügt. In dieser Übersicht sind u.a. auch die Personalausgaben für befristet bereitgestellte Planstellen und Stellen sowie von anderer Seite finanzierte Stellen enthalten. Zur Erreichung des avisierten Einsparziels von 215 Mio. Euro wird auf Abschnitt 4 a verwiesen.

Ergänzend hierzu gibt die Anlage 3 mit der „Entwicklung des Budgets“ gem. Finanzplan Schleswig-Holstein 2015-2019 einen Überblick über die prognostizierte Entwicklung des Budgets I bis zum Jahr 2025. Hierin sind – neben den reinen Personalausgaben - ergänzend u.a. auch die Ausgaben für Versorgung und Beihilfe sowie sächliche Verwaltungsausgaben enthalten.

Außerdem wurden die Werte der VZÄ für die Jahre 2010 bis 2014 ermittelt. Nachdem die VZÄ-Daten, welche zentral von der im Projekt KoPers angesiedelten fachlichen Leitstelle PERMIS Personal-Controlling (PCS) aus dem Abrechnungssystem zusammengestellt wurden, einige Diskrepanzen aufwarfen (z.B. Verhältnis von Stellen zu VZÄ), wurden die VZÄ-Werte zudem gesondert bei den Ressorts abgefragt. Als Quelle für die Ermittlung der VZÄ-Werte diente den Ressorts grundsätzlich die Hochrechnungsliste des Finanzverwaltungsamtes „Besoldung/Vergütung/Lohn-Liste (BVL-Liste)“. Der VZÄ-Wert „Vollkraft im Jahr“ ist darin für jeden Einzelplan direkt ablesbar. Aus der Hochrechnung zum Ende des jeweiligen Jahres (BVL-Liste des Monats Dezember) wurden von den Ressorts die VZÄ (Vollkraft im Jahr) wie folgt gemeldet:

**Vollzeitäquivalente (Vollkraft im Jahr)**

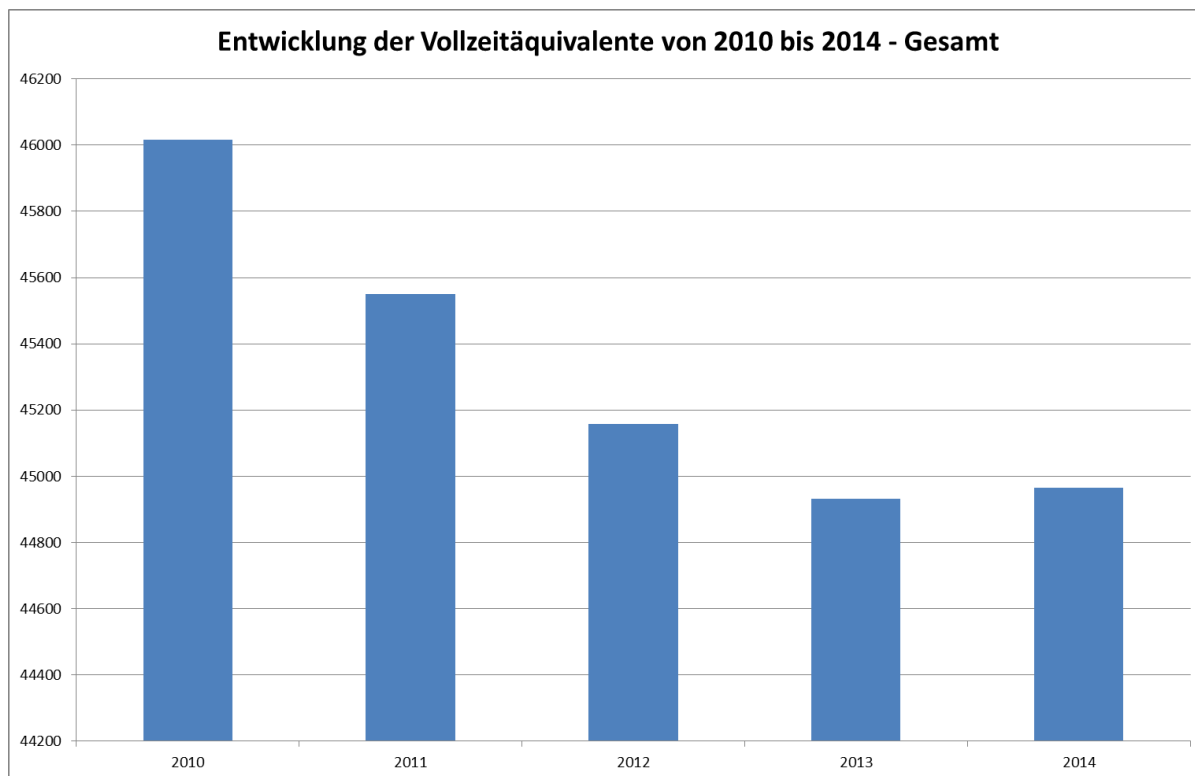
<b>Einzelplan / Jahr</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
<b>03 StK</b>	<b>224</b>	<b>239</b>	<b>225</b>	<b>219</b>	<b>228</b>
<b>04 IM GESAMT</b>	<b>8.495</b>	<b>8.420</b>	<b>8.506</b>	<b>8.526</b>	<b>8.500</b>
- 04 allg. Verwaltung	886	852	892	869	864
- 04 Polizei(*)	7.609	7.568	7.613	7.656	7.636
<b>05 FM GESAMT</b>	<b>4.664</b>	<b>4.593</b>	<b>4.503</b>	<b>4.445</b>	<b>4.404</b>
- 05 allg. Verwaltung	535	513	497	491	495
- 05 Steuerverwaltung	4.129	4.080	4.005	3.954	3.909
<b>06 MWAVT (ohne LBV)</b>	<b>285</b>	<b>282</b>	<b>275</b>	<b>250</b>	<b>242</b>
<b>07 MBW GESAMT</b>	<b>25.269</b>	<b>25.116</b>	<b>24.739</b>	<b>24.553</b>	<b>24.630</b>
- 07 allg. Verwaltung (**)	573	641	541	548	499
- 07 Lehrer (***)	24.696	24.475	24.198	24.005	24.131
<b>09 MJKE GESAMT</b>	<b>5.487</b>	<b>5.426</b>	<b>5.385</b>	<b>5.395</b>	<b>5.429</b>
- 09 allg. Verwaltung	201	203	257	290	289
- 09 Justiz	5.286	5.223	5.128	5.105	5.139
<b>10 MSGFG</b>	<b>645</b>	<b>533</b>	<b>539</b>	<b>550</b>	<b>535</b>
<b>13 MELUR (ohne Landesbetriebe)</b>	<b>948</b>	<b>939</b>	<b>986</b>	<b>994</b>	<b>998</b>
<b>Summe Gesamt</b>	<b>46.016</b>	<b>45.550</b>	<b>45.158</b>	<b>44.933</b>	<b>44.966</b>

(\*) Werte nicht aus BVL-Liste sondern aus einer gesonderten Datenquelle der Polizei.

(\*\*) Wert für 2010 lag aus BVL-Liste nur noch vom IQSH vor, deshalb restl. Daten von PCS-Leitstelle

(\*\*\*) Daten 2010 bis 2013 lagen aus BVL-Liste nicht mehr vor, deshalb hier Daten aus dem Personalverwaltungsverfahren für Lehrer (PERLE), Auswertung des Monats November

Grafisch stellt sich die Entwicklung der VZÄ wie folgt dar:



Im Zeitraum von 2010<sup>8</sup> (Ausgangsjahr für die einzusparenden 5.345 Stellen) bis einschließlich 2014 wurden demnach 1.050 VZÄ eingespart. Im gleichen Bereich (Staatskanzlei und Ressorts ohne Landesbetriebe) wurden zwischen 2011 und 2014 aufgrund des beschlossenen Stellenabbaupfades insgesamt 1.619 Stellen abgebaut.<sup>9</sup>

Es ist erkennbar, dass Personal abgebaut wird, wenngleich sich die Entwicklung der VZÄ nicht deckungsgleich zu den abgebauten Stellen verhält. Hierfür gibt es unterschiedliche Gründe:

- So werden zum Teil unbesetzte Stellen eingespart, um der Stellenabbauverpflichtung nachzukommen. Dies kann akzeptiert werden, solange die Personalbudgets eingehalten werden. Um das Einsparziel in 2020 zu erreichen, muss es jedoch bei dem Ziel bleiben, auch die Beschäftigtenzahlen zu reduzieren.
- Des Weiteren werden beim Stellenabbaupfad z.B. die in 2014 neu geschaffenen 228 Lehrerstellen nicht berücksichtigt, da sie aus Landesmitteln, die aufgrund der Übernahme der Finanzierung der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) durch den Bund frei werden, finanziert werden. Gleichwohl

<sup>8</sup> VZÄ-Werte aus November/Dezember 2010

<sup>9</sup> In der Nettobetrachtung würden die 228 zusätzlich geschaffenen Lehrerstellen gegengerechnet werden, so dass netto 1.391 Stellen abgebaut wurden.

führt die damit verbundene Einstellung von Personal zu einer Erhöhung des VZÄ-Wertes.

- Auch neue kw-Stellen, welche vor dem Jahr 2020 wegfallen, erhöhen die VZÄ-Werte entsprechend der Stellenbesetzungsanteile, ohne sich dabei auf den Stellenabbaupfad auszuwirken.
- Ebenso kann die Zahl der VZÄ sinken, wenn kw-Stellen einschließlich Personal zusätzlich zum Stellenabbaupfad wegfallen.

Im Ergebnis lässt sich aus der Entwicklung der VZÄ ablesen, mit wieviel Arbeitsanteilen das Personal insgesamt in den einzelnen Jahren vertreten war und wie sich der Personalbestand über die Jahre entwickelt hat. Aufgrund der unterschiedlichen Einflussfaktoren auf die Zahl der VZÄ lässt sich allerdings keine kausale Verbindung zum Stellenabbaupfad herstellen.

Die ermittelten VZÄ-Werte sind deshalb keine geeigneten Parameter, um eine Korrelation zwischen Stellen- und Personalabbau herzustellen.

## **6. Organisatorische Maßnahmen von Staatskanzlei und Ressorts zur Unterstützung des Stellen- und Personalabbaus**

Über einen mit der KPMG geschlossenen Rahmenvertrag über die Erbringung von Beratungsleistungen haben die Ressorts die Möglichkeit, schnell und flexibel Organisationsuntersuchungen abzurufen. Den Ressorts wird mit dem Rahmenvertrag eine Dienstleistung angeboten, die sie bei der Erreichung ihrer Ziele im Rahmen der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung unterstützen kann. So hat die KPMG in 2014 eine Organisationsuntersuchung im MSGWG begonnen und das FM bei der Frage nach der zukünftigen Organisation der IT für die Steuerverwaltung beraten.

Vereinbart sind Beratungsleistungen zu den folgenden vier Elementen:

- 1: Beratung in ablauf- und aufbauorganisatorischen Fragestellungen jenseits von Personalmanagementprozessen zur Hebung von Effizienzreserven in der Verwaltung
- 2: Optimierung des Mitteleinsatzes für Aufgabenbereiche, für die Reformbedarf identifiziert wurde, unter der Prämisse einer Wirkungsorientierung
- 3: Erstellung von Wirtschaftlichkeitsberechnungen zur Unterstützung (verwaltungs-)ökonomischer Analysen
- 4: Implementierung eines Veränderungsmanagements im Zusammenwirken zwischen Berater und jeweils federführender Verwaltung.

Darüber hinaus treffen die Ressorts auch eigene, nicht von dritter Seite unterstützte Organisationsmaßnahmen zur Optimierung des Ressourceneinsatzes. In der Anlage 4

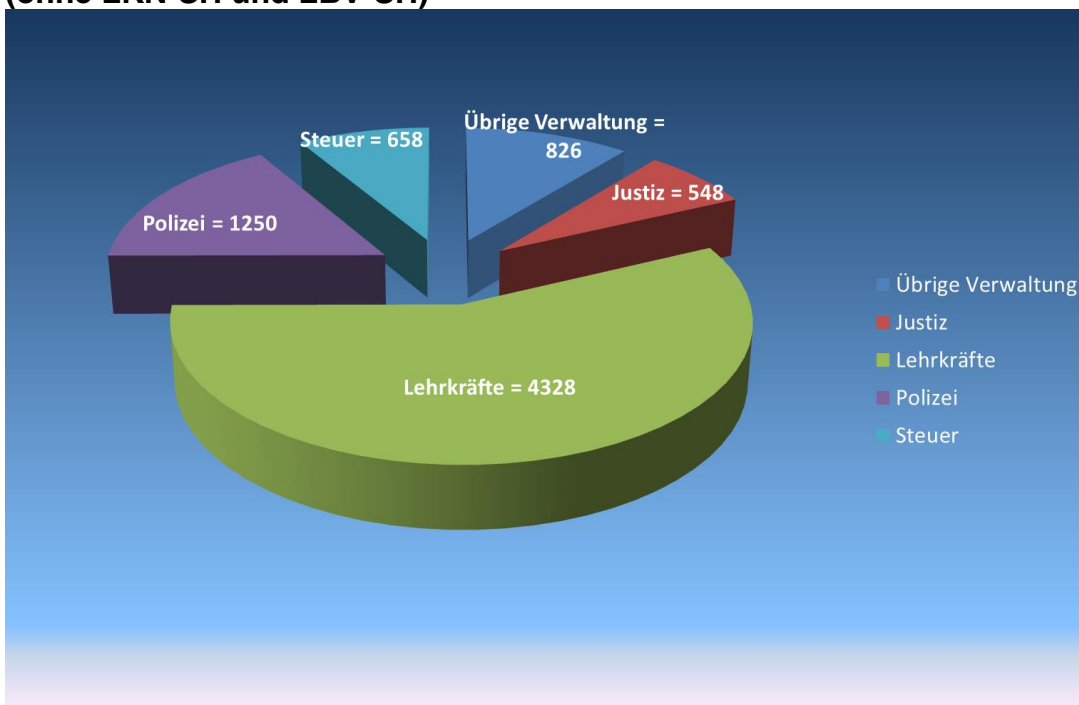


sind diese Maßnahmen ressortweise aufgelistet. Mit ihnen wird auch das Ziel verfolgt, trotz des bis 2020 verringerten Stellen- und Personalbestandes die Fachaufgaben weiterhin adäquat erfüllen zu können.

## 7. Nachwuchskräftegewinnung im Kontext des demographischen Wandels

Für die kommenden Jahre ist zu berücksichtigen, dass ab 2015 bis zum Jahr 2020 rund 7.600 Beschäftigte allein altersbedingt aus dem Dienst der unmittelbaren Landesverwaltung (ohne LKN-SH und LBV-SH) ausscheiden werden. Auch wenn im Zeitraum 2015 bis 2020 aus Gründen der Haushaltskonsolidierung weitere Stellen budgetwirksam abgebaut werden sollen, wird das Land SH gleichwohl Nachwuchskräfte in großer Zahl benötigen.

### Altersabgänge unmittelbare Landesverwaltung 2015 bis 2020 (ohne LKN-SH und LBV-SH)



(Stand der Erhebung: 31.12.2014)

Die Landesverwaltung steuert den wachsenden Bedarf über ein vergrößertes Ausbildungsangebot. Für die Ausbildungszeit werden kw-Stellen geschaffen. Anschließend werden die ausgebildeten Nachwuchskräfte auf frei werdende Stellen übernommen. Ein markantes Beispiel ist der Polizeibereich, da sich in der Altersgruppe der über 50-jährigen besonders viele Polizisten befinden und dort die Verschiebung aufgrund der Altersgrenze von 60 auf 62 Jahre strukturell früher eintritt als in anderen Bereichen (dort Verschiebung der Altersgrenze von 65 auf 67 Jahre).

Hinsichtlich der Größenordnung von Nachwuchskräften kann die Anlage 1a bzw. 1b Aufschluss geben. Allerdings ist hier nur eine Tendenz erkennbar, da ein Teil der Nachwuchskräfte-Stellen aus haushaltstechnischen Gründen in der Zahl der planmäßigen Beamtinnen und Beamten enthalten ist.<sup>10</sup>

## 8. Fazit

Die Vorgaben des Stellenabbaupfades wurden zwischen 2011 und 2014 erfüllt bzw. um 44 Stellen übertroffen. Soweit in einzelnen Bereichen zusätzliche Stellen geschaffen wurden, wurde in den Haushaltsplänen zugleich verbindlich festgelegt, wann diese Stellen einzusparen sind. Im Grundsatz erfolgt dies jeweils durch die gleichzeitige Ausbringung eines kw-Vermerks, welcher spätestens bis 2020, in der Regel nach drei Jahren, wirksam wird. Für die Schaffung der 728 neuen Lehrerstellen (davon 228 Lehrerstellen in 2014) erfolgt 2014 eine Gegenfinanzierung aus frei gewordenen Landesmitteln, ab 2015 werden sie aus Landesmitteln, die aufgrund der Übernahme der Finanzierung der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) durch den Bund frei werden, finanziert; für das Land stellt dies keine zusätzliche finanzielle Belastung dar.

Der Blick auf die Entwicklung der Vollzeitäquivalente bestätigt die bisherige Erkenntnis des Zentralen Personalmanagements, dass neben den Stellen auch Personal abgebaut wird, die bislang abgebauten Stellen sich aber nicht deckungsgleich zu abgebauten Arbeitsplätzen verhalten. Dies wurde unter Ziff. 5 erläutert. Deshalb gewinnt langfristig gesehen ein angemessener Aufgaben- und Personalabbau immer mehr an Bedeutung, um über den vereinbarten Stellenabbau hinaus auch die strukturellen Einsparsumme von 215 Mio. € zu erbringen.

Um den Stellenabbau zu unterstützen, existieren verschiedene Projekte und Maßnahmen:

- Im ressortübergreifenden Bereich Zentrale IT-, Organisations- und Personalentwicklung der Staatskanzlei sind insbesondere zu nennen:  
Konzentration zentraler IT-Management-Bereiche in einer neuen gemeinsamen Organisation in der Staatskanzlei (ZIT SH), Verlagerung operativer IT-Tätigkeiten auf externe Dienstleister, KoPers und Aufbau eines Kompetenzzentrums Reorganisation.
- Der Stellenabbau im Lehrkräftebereich berücksichtigt die Entwicklung des Lehrkräftebedarfs, die u.a. vom demografischen Wandel abhängt.

---

<sup>10</sup> Die Ausweisung der Stellen für Nachwuchskräfte ist für das MIB mit dem Haushalt 2016 bereinigt worden.

- Im Rahmen des Sanierungsprogramms legt das Land Schleswig-Holstein, vertreten durch die Finanzministerin, dem Stabilitätsrat halbjährlich einen Umsetzungsbericht vor. Bestandteil dieses Berichts sind u.a. diverse ressortspezifische Projekte/Maßnahmen, welche den Stellenabbau unterstützen sollen (Zukunft Steuerverwaltung 2020, Neuausrichtung der Bodenordnung etc.). In diesem Zusammenhang wird die Einhaltung der Zusagen gegenüber dem Stabilitätsrat regelmäßig durch das Finanzministerium und in Abstimmung mit der Staatskanzlei kontrolliert.
- Des Weiteren treffen die Ressorts organisatorische Maßnahmen zur Optimierung des Ressourceneinsatzes (vgl. Anlage 4).

Die Ressorts führen zudem eine permanente Aufgabenkritik zum weiteren Abbau von ihren Aufgaben durch.

## **9. Aktuelle Entwicklungen**

Dieser Bericht beinhaltet rückblickend die Entwicklungen des Stellen- und Personalabbaus bis Ende des Jahres 2014. Für die Jahre 2015 ff. zeichnet sich insbesondere die aktuelle Flüchtlingssituation sowie die Eskalation der terroristischen Gewalt in Europa, die in der Reaktion darauf mehr Personal erfordern, als Herausforderung für die Einhaltung des Stellenabbaupfades ab. Die sich auch im Haushalt widerspiegelnden Entwicklungen, insbesondere im Schul- und im Polizeibereich, werden in den jährlich folgenden Berichten Eingang finden.

**Anlage 1a: Abschluss der Stellenpläne und -übersichten 2014  
(vor der Schaffung der 228 neuen Lehrerstellen)**

**Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2014**

EP	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 428 01 428 TG	Nachwuchskräfte	Summe Spalte 4-8
			422 01 422 TG	Z. A. 422 02	im Vorb.D. 422 03			
1	2	3	4	5	6	7	8	9
01	Landtag	2014	57	-	-	105	-	162
		2013	56	-	-	101	-	157
02	Landesrechnungshof	2014	80	-	-	18	-	98
		2013	81	-	-	17	-	98
03	Ministerpräsident, Staatskanzlei	2014	152	-	-	93	-	245
		2013	128	-	-	82	-	210
04	Innenministerium	2014	7.215	-	722	1.559	31	9.527
		2013	7.230	-	617	1.572	31	9.450
05	Finanzministerium	2014	3.868	-	263	767	-	4.898
		2013	3.883	-	250	804	-	4.937
06	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie	2014	175	-	-	97	1	273
		2013	177	-	-	99	1	277
07	Ministerium für Bildung und Wissenschaft	2014	21.857	-	1.819	1.585	11	25.272
		2013	21.998	-	1.819	1.466	11	25.294
09	Ministerium für Justiz, Kultur und Europa	2014	3.500	-	985	1.273	59	5.817
		2013	3.501	-	1.036	1.251	59	5.847
10	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung	2014	347	-	-	311	-	658
		2013	352	-	-	321	-	673
13	Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	2014	657	-	19	761	-	1.437
		2013	663	-	19	778	-	1.460
Summe		2014	37.908	-	3.808	6.569	102	48.387
		2013	38.069	-	3.741	6.491	102	48.403

## Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2014

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen		Jahr	Bezeichnung	EP
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 10+11					
10	11	12	13	14	15	16	17
-	-	-	1		2014	Landtag	01
-	-	-	1		2013		
-	-	-	-		2014	Landesrechnungshof	02
-	-	-	-		2013		
-	-	-	-		2014	Ministerpräsident, Staatskanzlei	03
-	-	-	-		2013		
-	-	-	-		2014	Innenministerium	04
-	-	-	-		2013		
-	-	-	-		2014	Finanzministerium	05
-	-	-	-		2013		
241	1.217	1.458	-		2014	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie	06
244	1.206	1.450	-		2013		
-	-	-	172		2014	Ministerium für Bildung und Wissenschaft	07
-	-	-	231		2013		
-	-	-	-		2014	Ministerium für Justiz, Kultur und Europa	09
-	-	-	-		2013		
-	-	-	-		2014	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung	10
-	-	-	-		2013		
-	803	803	-		2014	Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	13
-	791	791	-		2013		
241	2.020	2.261	173		2014		Summe
244	1.997	2.241	232		2013		

## Anlage 1b: Abschluss der Stellenpläne und -übersichten 2014 (inkl. Nachtrag)

### Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2014

EP	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Nachwuchskräfte	Summe Spalte 4-8
			422 01 422 TG	Z. A. 422 02	im Vorb.D. 422 03			
			428 01 428 TG					
1	2	3	4	5	6	7	8	9
01	Landtag	2014	57	-	-	105	-	162
		2013	56	-	-	101	-	157
02	Landesrechnungshof	2014	80	-	-	18	-	98
		2013	81	-	-	17	-	98
03	Ministerpräsident, Staatskanzlei	2014	152	-	-	93	-	245
		2013	128	-	-	82	-	210
04	Innenministerium	2014	7.215	-	722	1.559	31	9.527
		2013	7.230	-	617	1.572	31	9.450
05	Finanzministerium	2014	3.868	-	263	767	-	4.898
		2013	3.883	-	250	804	-	4.937
06	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie	2014	175	-	-	97	1	273
		2013	177	-	-	99	1	277
07	Ministerium für Bildung und Wissenschaft	2014	22.085	-	1.819	1.585	11	25.500
		2013	21.998	-	1.819	1.466	11	25.294
09	Ministerium für Justiz, Kultur und Europa	2014	3.500	-	985	1.273	59	5.817
		2013	3.501	-	1.036	1.251	59	5.847
10	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung	2014	347	-	-	311	-	658
		2013	352	-	-	321	-	673
13	Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	2014	657	-	19	761	-	1.437
		2013	663	-	19	778	-	1.460
Summe		2014	38.136	-	3.808	6.569	102	48.615
		2013	38.069	-	3.741	6.491	102	48.403

## Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2014

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen		Jahr	Bezeichnung	EP
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 10+11					
10	11	12	13	14	15	16	17
-	-	-	1		2014	Landtag	01
-	-	-	1		2013		
-	-	-	-		2014	Landesrechnungshof	02
-	-	-	-		2013		
-	-	-	-		2014	Ministerpräsident, Staatskanzlei	03
-	-	-	-		2013		
-	-	-	-		2014	Innenministerium	04
-	-	-	-		2013		
-	-	-	-		2014	Finanzministerium	05
-	-	-	-		2013		
241	1.217	1.458	-		2014	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie	06
244	1.206	1.450	-		2013		
-	-	-	172		2014	Ministerium für Bildung und Wissenschaft	07
-	-	-	231		2013		
-	-	-	-		2014	Ministerium für Justiz, Kultur und Europa	09
-	-	-	-		2013		
-	-	-	-		2014	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung	10
-	-	-	-		2013		
-	803	803	-		2014	Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	13
-	791	791	-		2013		
241	2.020	2.261	173		2014		Summe
244	1.997	2.241	232		2013		

## Anlage 2: Personalbudgets

### Personalbudgets der Einzelpläne ab 2010 (ohne Sabbatjahr-Rücklagenbildung)

Epl.	Ressort	2010 (* Ist	2011 Ist	2012 (* Ist	2013 Ist	2014 Soll	2014 Ist
		in T€					
03	Ministerpräsident Chef der Staatskanzlei	10.701,8	12.083,1	10.805,4	12.763,5	13.813,5	13.778,9
04	Ministerium für Inneres u. Bundesangelegenheiten	342.013,0	349.378,6	359.212,0	367.442,9	374.588,1	378.050,8
05	Finanzministerium (**	183.706,4	185.009,0	184.215,4	184.379,5	183.871,0	185.923,1
06	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie	15.431,3	16.175,0	15.366,9	14.378,9	14.340,5	14.485,5
07	Ministerium für Schule und Berufsbildung <b>ohne Lehrer</b>	30.824,7	32.471,9	30.286,4	30.264,6	30.773,2	29.896,6
	<b>Lehrer</b>	1.203.696,1	1.220.030,4	1.235.486,9	1.254.207,9	1.244.709,5	1.272.658,2
09	Ministerium für Justiz, Kultur und Europa	217.987,3	221.708,6	228.777,6	233.221,1	232.567,8	239.361,5
10	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung	32.515,8	28.094,3	28.251,0	28.675,0	27.992,9	28.495,4
13	Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	52.942,3	54.267,1	56.873,3	58.607,9	58.373,4	59.423,8
<b>Gesamt</b>		<b>2.089.818,7</b>	<b>2.119.218,0</b>	<b>2.149.274,9</b>	<b>2.183.941,3</b>	<b>2.181.029,9</b>	<b>2.222.073,8</b>
./.. Umsetzungen aus Epl. 11 für Tarif- u.		<b>76.787,0</b>	<b>23.071,2</b>	<b>68.341,9</b>	<b>104.163,3</b>		<b>46.686,8</b>
<b>Differenz</b>		<b>2.013.031,7</b>	<b>2.096.146,8</b>	<b>2.080.933,0</b>	<b>2.079.778,0</b>		<b>2.175.387,0</b>

(\* Änderung der Geschäftsverteilung

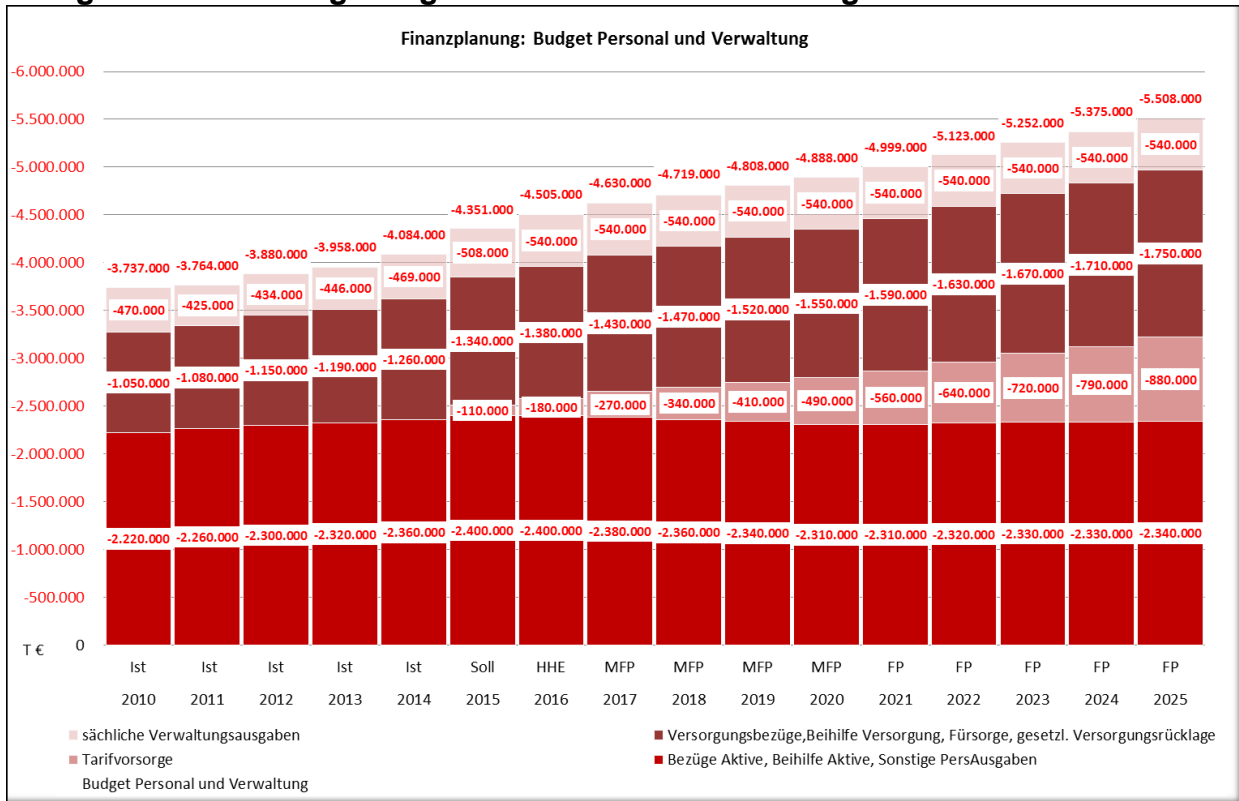
(\*\* für die Jahre 2010 und 2011 wurden die Zahlen im Epl. 05 aufgrund eines Übertragungsfehlers korrigiert und unterscheiden sich daher von den Zahlen des Vorjahresberichts.

Quelle:

Jährliche Meldungen der Ressorts zu den Personalkostenbudgets



### Anlage 3: Entwicklung Budget Personal und Verwaltung



(Quelle: Finanzplan Schleswig-Holstein 2015-2019 mit Finanzplan Fortschreibung 2020-2025 sowie Bericht der Landesregierung zum Abbau der strukturellen Verschuldung gem. Art. 59 a Landesverfassung)

**Anlage 4: Bisher eingeleitete Maßnahmen zur Optimierung des Ressourceneinsatzes und jeweiliger Sachstand, um mit dem bis 2020 verringerten Stellen- bzw. Personalbestand die Fachaufgaben gesichert wahrnehmen zu können (Zeitraum 2011-2014)**

	<u>Eingeleitete Maßnahme</u>	<u>Stand der Umsetzung</u>	<u>Ergebnis und ggfs. weitere Planung</u>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bezeichnung</li> <li>• Kurzbeschreibung und Zielsetzung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• abgeschlossen</li> <li>• läuft bis</li> <li>• verlängert bis</li> </ul>	mit Blick auf Personal-/Stellenabbau
<b>Staatskanzlei</b>			
<b>2010</b>			
<b>2011</b>			
<b>bis 31.08.2012</b>			
<b>seit 01.09.2012</b>			
<b>2013</b>	Organisationserlass des MP zur Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung und Umorganisation in der Staatskanzlei	abgeschlossen	Auflösung einer Abteilung in der Staatskanzlei
<b>2014</b>			
Seit 2010 sind Arbeitsschwerpunkte verlagert worden. Arbeitsverdichtungen wurden erforderlich, sodass bisherige Stelleneinsparungen hausintern kompensiert werden konnten. In der Staatskanzlei wurde außerdem ein regelmäßig tagendes Gremium auf Abteilungsleiterbene eingesetzt, in dessen Rahmen Nach- oder Neubesetzungen diskutiert und abgewogen werden.			

	<b><u>Eingeleitete Maßnahme</u></b>	<b><u>Stand der Umsetzung</u></b>	<b><u>Ergebnis und ggfs. weitere Planung</u></b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Bezeichnung</b></li> <li>• <b>Kurzbeschreibung und Zielsetzung</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>abgeschlossen</b></li> <li>• <b>läuft bis</b></li> <li>• <b>verlängert bis</b></li> </ul>	<b>mit Blick auf Personal-/Stellenabbau</b>
<b>MJKE - Ministerium</b>			
<b>2010</b>	_____		
<b>2011</b>	Einrichtung der Projektgruppe „Umsetzung des Personaleinsparkonzeptes im MJGI“ Ziel: abteilungsübergreifende Erörterung und Abstimmung der Maßnahmen zur Umsetzung der vom Kabinett beschlossenen Einsparverpflichtungen	Projektgruppe wurde 2012 nach der Neuorganisation der Geschäftsverteilung aufgelöst.	
<b>bis 31.08.2012</b>	Organisatorische Veränderung => Auflösung des Referats II 40 „Gleichstellung, Gleichstellungsbeauftragte, Antidiskriminierung“, Aufgabenverlagerung in die Referate II 41, II 42	Maßnahme abgeschlossen	Organisatorische Veränderung ohne Stelleneinsparung
<b>seit 01.09.2012</b>	_____		
<b>2013</b>	Einrichtung der Arbeitsgruppe „Personaleinsparung und Personalentwicklung“ im MJKE Ziel: abteilungsübergreifende Erörterung und Abstimmung der Maßnahmen zur Umsetzung der vom Kabinett beschlossenen Einsparverpflichtungen sowie Personalentwicklungsmaßnahmen	Arbeitsaufträge der AG werden umgesetzt	
	Organisatorische Veränderung in der Abteilung II 1 =>Zusammenlegung der Referate II 12 „Servicereferat des Ministeriums“ und II 13 „Organisation, Informations- und Kommunikationstechnik“ sowie Aufgabenverlagerungen in das Referat II 10 „Personal, des Hauses, Personalrecht, Personalentwicklung, Fortbildung und Orden“ zur Kompensation zweier vakanter Stellen, die eingespart werden sollen	Maßnahme abgeschlossen	Realisierung der zwei Stelleneinsparungen im Haushalt 2014

	Organisatorische Veränderung => Auflösung des Referats II 25 „Gnadenwesen“, Aufgabenverlagerung in das Referat II 30 „Strafrecht, Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften“ zur Kompensation der vakanten Referatsleiter-Stelle, die eingespart werden soll.	Maßnahme abgeschlossen	Realisierung der Stelleneinsparung im Haushalt 2014
<b>2014</b>	Organisatorische Veränderung in der Abteilung II 4 =>Auflösung eines Referats, Aufgabenverlagerung in die übrigen vier Referate .	Maßnahme abgeschlossen	Organisatorische Veränderung ohne Stelleneinsparung, da kein Aufgabenwegfall
	Organisatorische Veränderung in der Abteilung II 5 => Änderung der Geschäftsverteilung aufgrund einer anderen Schwerpunktsetzung	Einzelne organisatorische Maßnahmen wurden umgesetzt; der Zeitpunkt der weiteren organisatorischen Maßnahmen steht noch nicht fest	Organisatorische Veränderung ohne Stelleneinsparung
	Organisatorische Veränderung im Leitungsbereich => Verlagerung des Teilbereichs „Koordinierungsstelle“ aus der derzeitigen Zugehörigkeit zum Büro der Ministerin in die neu einzurichtende Stabstelle „Koordinierungsstelle“	Maßnahme abgeschlossen	Organisatorische Veränderung ohne Stelleneinsparung
<b>MJKE - nachgeordneter Bereich</b>			
<b>2010 bis 2014 und fortlaufend</b>	<p><b>Ordentliche Gerichtsbarkeit:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Qualifizierung von dienstälteren Justizangestellten, die keine Justizfachangestelltenausbildung durchlaufen haben</li> <li>• Neueinstellungen von ausgebildeten Kräften (Justizfachangestellte / Justizfachwirte) - soweit trotz Stelleneinsparungen möglich</li> <li>• Verbesserung der Arbeitsabläufe (z.B. elektronische Verwaltungsakte oder Grundbuchumschreibung)</li> </ul> <p><b>Staatsanwaltschaften:</b> Im Rahmen des Qualitätsmanagements sind die Staatsanwaltschaften in einem ständigen Prozess, die Aufbau- und Ablauforganisation zu optimieren. Im Bereich der Rechtssachen ist ein Aufgabenabbau nicht möglich, sodass Personaleinsparungen</p>	<p><b>Ordentliche Gerichtsbarkeit:</b> Daueraufgabe in allen Behörden der ordentlichen Gerichtsbarkeit</p> <p><b>Staatsanwaltschaften:</b> Dauerhafter Prozess</p>	

	immer dazu führen werden, dass das vorhandene Personal zusätzliche Aufgaben zu bewältigen hat.		
<b>2010</b>	<b>Archäologisches Landesamt SH:</b> Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik, Priorisierung der Aufgaben und Festlegung der künftig nicht mehr wahrzunehmenden Tätigkeiten, Umverteilung auf das verbleibende Personal (einschließlich Aushilfskräfte)	laufender Prozess, für 2010 abgeschlossen	insbesondere Reduzierungen in der Verwaltung und im Dezernat Denkmalschutz
<b>2011</b>	<b>Archäologisches Landesamt SH:</b> Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik, Priorisierung der Aufgaben und Festlegung der künftig nicht mehr wahrzunehmenden Tätigkeiten, Umverteilung auf das verbleibende Personal (einschließlich Aushilfskräfte)	laufender Prozess, für 2011 abgeschlossen	insbesondere Reduzierung im Dezernat Denkmalschutz
	<b>Archäologisches Landesamt SH:</b> Reduzierung der Anzahl der befristet beschäftigten Aushilfskräfte für die Unterstützung der Daueraufgaben des ALSH sowie deren Stundenumfang	für 2011 abgeschlossen	Unterstützung bei der Erfüllung der Daueraufgaben findet nicht im erforderlichen Umfang statt
<b>bis 31.08.2012</b>	<b>Archäologisches Landesamt SH:</b> Reduzierung der Anzahl der befristet beschäftigten Aushilfskräfte für die Unterstützung der Daueraufgaben des ALSH sowie deren Stundenumfang	für 2012 abgeschlossen	Unterstützung bei der Erfüllung der Daueraufgaben findet nicht im erforderlichen Umfang statt
<b>seit 01.09.2012</b>	<b>Archäologisches Landesamt SH:</b> Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik, Priorisierung der Aufgaben und Festlegung der künftig nicht mehr wahrzunehmenden Tätigkeiten, Umverteilung auf das verbleibende Personal (einschließlich Aushilfskräfte)	laufender Prozess, für 2012 abgeschlossen	insbesondere Reduzierung im Dezernat Denkmalschutz
<b>2013</b>	<b>Justizvollzug:</b> Vorbereitungen zur Umorganisation des Vollzuglichen Arbeitswesens in den Justizvollzugsanstalten	bis 2014, Maßnahme abgeschlossen	In 2014: Aufgabe des Landesbetriebes Vollzugliches Arbeitswesen, Wahrnehmung der Aufgaben im Justizvollzug
	<b>Archäologisches Landesamt SH:</b> Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik, Priorisierung der Aufgaben und Festlegung der künftig nicht mehr wahrzunehmenden Tätigkeiten, Umverteilung auf das verbleibende Personal (einschließlich Aushilfskräfte)	laufender Prozess, für 2013 abgeschlossen	

<b>2010 bis 2013</b>	<b>Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek</b> s. Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek“		
<b>2014</b>	<b>Archäologisches Landesamt SH:</b> Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik, Priorisierung der Aufgaben und Festlegung der künftig nicht mehr wahrzunehmenden Tätigkeiten, Umverteilung auf das verbleibende Personal (einschließlich Aushilfskräfte)	Laufender Prozess, für 2014 abgeschlossen	
	<b>Landesamt für Denkmalpflege SH:</b> Projekt „Revision und Schnellerfassung der Kulturdenkmale in Schleswig-Holstein“	ursprünglich bis Dez. 2015; verlängert bis Dez. 2016	7x befristete Einstellungen für die Dauer des Projekts => Aushilfstitel 42701

	<u>Eingeleitete Maßnahme</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bezeichnung</li> <li>• Kurzbeschreibung und Zielsetzung</li> </ul>	<u>Stand der Umsetzung</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>• abgeschlossen</li> <li>• läuft bis</li> <li>• verlängert bis</li> </ul>	<u>Ergebnis und ggfs. weitere Planung</u> mit Blick auf Personal-/Stellenabbau
<b>MSB (ehem. MBW) - Ministerium</b>			
<b>2010</b>			
<b>2011</b>			
<b>bis 31.08.2012</b>			
<b>seit 01.09.2012</b>	Reduzierung einer Abteilung	abgeschlossen am 01.01.2013	Einsparung einer B 5, zwei A 16 und einer E 6 Stelle
<b>2013</b>	Zusammenlegung von zwei Referaten	abgeschlossen am 01.10.2013	Einsparung einer A 16 Stelle
<b>2014</b>			
<b>MSB (ehem. MBW) - nachgeordneter Bereich</b>			
<b>2010</b>	Einsparung von 2 Stellen in der Verwaltung und von 5 Stellen im IQSH-Pool	abgeschlossen	Stelle 1 Verwaltung (Haushalt/Veröffentlichungen): Aufgabenumverteilung innerhalb der Abteilung; Einschränkung der Aufgabenwahrnehmung im Bereich Veröffentlichungen
			Stelle 2 Verwaltung (BIS): Übernahme der Aufgaben durch hauptamtl. Studienleitungen
			Pool-Stellen: Wegfall der Aufgabe „Externe Evaluation im Team (EVIT)“
<b>2011</b>	Einsparung von 3 Stellen in der Verwaltung	abgeschlossen	Stelle 1 (SG Sucht- und Gewaltprävention): Wahrnehmung der Aufgabe durch eine hauptamtl. Studienleitung, stärkere Verankerung der Sucht- und Gewaltprävention in der 2. Phase der Lehrerbildung
			Stellen 2 und 3 (Tarifbereich): keine Nachbesetzung einer bestehenden Vakanz (Umverteilung auf vorhandene Tarifkräfte) sowie Fremdvergabe von Aufgaben in der Telefonzentrale

<b>bis 31.08.2012</b>	Keine Auswirkungen der gesonderten Geschäftsverteilung auf Aufgaben des IQSH,		
<b>seit 01.09.2012</b>	daher: Gesamtdarstellung für 2012		
<b>2012</b>	Einsparung von 2 Stellen in der Verwaltung	abgeschlossen	Die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für die langfristige Sicherstellung des Projekts „Landesnetz Bildung“ wurden anderweitig geschaffen.
<b>2013</b>	Einsparung von 2 Stellen in der Verwaltung	abgeschlossen	Stelle 1 (Landesfachberatung Englisch, Englisch in der Grundschule, Aufgabenentwicklung ZAB): Wegfall der Fortbildung Englisch in der Grundschule, Wahrnehmung der übrigen Aufgaben durch hauptamtliche Studienleiter
			Stelle 2 (SG SINUS und Bildung für nachhaltige Entwicklung): Wahrnehmung der Aufgabe durch eine hauptamtl. Studienleitung
	Einsparung von 6 Stellen im IQSH-Pool zum 01.08.2014	abgeschlossen	Aufgabenreduzierung, insbesondere in den Bereichen Fortbildung, Führungskräftequalifizierung, Didaktisches Training, Schulentwicklungsberatung, Prävention, IT-Dienste
<b>2014</b>	Einsparung von zwei Stellen in der Verwaltung	abgeschlossen	1. Stelle: Fortbildungsorganisation (Aufgaben werden umverteilt) 2. Stelle: Fachinformatiker (die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für das Landesnetz Bildung wurden anderweitig geschaffen).



	<b><u>Eingeleitete Maßnahme</u></b>	<b><u>Stand der Umsetzung</u></b>	<b><u>Ergebnis und ggfs. weitere Planung</u></b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Bezeichnung</b></li> <li>• <b>Kurzbeschreibung und Zielsetzung</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>abgeschlossen</b></li> <li>• <b>läuft bis</b></li> <li>• <b>verlängert bis</b></li> </ul>	<b>mit Blick auf Personal-/Stellenabbau</b>
<b>MIB (ehem. IM) - Ministerium</b>			
<b>vor 2010</b>	Auflösung der Abteilung IV 2 Ziel: Reduzierung der Anzahl der Abteilungen von 7 auf 6 Abteilungen	Abgeschlossen zum 01.08.2006	Einsparung einer Abteilungsleitung
	Verschmelzung der Referate IV 14 und IV 17 Ziel: Einsparung einer Referatsleitung	Abgeschlossen zum 01.07.2008	Einsparung einer Referatsleitung
	Auflösung der Stabsstelle SRV mit 2 Referaten unter Verschmelzung mit Referaten der Abteilungen IV 1 und IV 3  Ziel: Ermöglichung von Personaleinsparungen durch Verschlinkung der Aufbauorganisation	Abgeschlossen zum 01.09.2008	Einsparung von 2 Referatsleitungen
<b>2010</b>	Verschmelzung der Abteilungen IV 5 und IV 6, Bündelung der Büroleitung sowie aller Registratur- und Assistenzkräfte Ziel: Bündelung der Schwerpunkte zur Kompensation der Personalabgänge sowie Personaleinsparungen	Abgeschlossen zum 01.11.2010	Einsparung einer Abteilungsleitung
<b>2011</b>	--		
<b>bis 31.08.2012</b>	Neuorganisation Post- und Botendienst und Servicebereiche Ziel: Rationalisierung und Verschlinkung des Post- und Botendienstes	Abgeschlossen zum 01.03.2012	Einsparung von 2 Stellen
	Verschmelzung der Referate IV 28 und IV 29 Ziel: Einsparung einer Referatsleitung	Abgeschlossen zum 01.09.2012	Einsparung einer Referatsleitung
<b>ab 01.09.2012</b>	--		
<b>2013</b>	Auflösung des Referates IV 14 nach dem Wechsel der Referatsleitung und der Hälfte der MA in die StK, Verschmelzung mit dem Ref. IV 16	Abgeschlossen zum 01.04.2013	Keine Nachbesetzung der Referatsleitung erforderlich

	Ziel: Vermeidung der Nachbesetzung der Referatsleitung		
	Auflösung des Referates IV 35 und Aufgabenübertragung auf die Ref. IV 34 und IV 36 Ziel: Einsparung einer Referatsleitung	Abgeschlossen zum 01.09.2013	Einsparung einer Referatsleitung
<b>2014</b>	Überprüfung freiwerdender Arbeitsplätze, ob Nachbesetzungen erforderlich sind Ziel: Einsparung von Stellen/Personal	Ständiger Prozess	
<b>MIB (ehem. IM) - nachgeordneter Bereich</b>			
<b>Vor 2010</b>	Reorganisation des Landesamt für Ausländerangelegenheiten (u.a. Wegfall der Sachgebietsleiterbene) und Schließung des Standortes Lübeck Ziel: Zukunftsfähige Ausrichtung des Landesamtes sowie Einsparungen im Bereich der Sach- und Personalkosten	Abgeschlossen zum 31.12.2009	Reduzierung von 3 Arbeitsplätzen
<b>2010</b>	Konzept des Innenministeriums "Zentrale Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung auf Landesebene" Das Landesvermessungsamt und die acht Katasterämter sind per Gesetz zum 01.01.2011 zu dem Landesamt für Vermessung und Geoinformation zusammengefasst worden. Ziel: Zukunftsfähige Ausrichtung der Vermessungs- und Katasterverwaltung sowie Einsparungen im Bereich der Sach- und Personalkosten	läuft bis Ende 2017	Die Außenstelle des ehemaligen Katasteramtes Nordfriesland in Niebüll ist am 01.06.2011 geschlossen worden.  Die räumliche Zusammenlegung der Abteilung 6 des LVerGeo SH, gebildet aus den ehemaligen Katasterämtern Nordfriesland und Meldorf, in Husum ist am 21.09.2012 erfolgt. Die Dienststelle in Meldorf ist zum 14.09.2012 geschlossen worden.  Die Außenstelle des ehemaligen Katasteramtes Flensburg in Schleswig ist zum 01.08.2013 geschlossen worden.  Die räumliche Zusammenlegung der Abteilung 4 des LVerGeo SH, gebildet aus den ehemaligen Katasterämtern Lübeck und Ostholstein, in Lübeck ist zum 11.11.2013 erfolgt. Die Dienststelle in Oldenburg und deren Außenstelle in Eutin wurden zum 08.11.2013 geschlossen.  Die räumliche Zusammenlegung der Abteilung 7 des LVerGeo SH, gebildet aus den ehemaligen Katasterämtern Elmshorn und Segeberg, in

			Elmshorn ist für das Jahr 2017 vorgesehen. 2010-2013: Einsparung von 58 Stellen insbesondere durch Altersabgänge.
<b>2011</b>	Auflösung des Amtes für Katastrophenschutz Ziel: Bündelung der vorhandenen Kräfte und Kompetenzen sowie Synergieeffekte	Abgeschlossen zum 01.06.2011	Einsparung der Stelle der Amtsleitung sowie anteilig der Vorzimmerkraft
<b>bis 31.08.2012</b>	--		
<b>ab 01.09.2012</b>	--		
<b>2013</b>	siehe unter 2010 „Zentrale Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung auf Landesebene“	läuft bis Ende 2017	
<b>2014</b>	siehe unter 2010 „Zentrale Zusammenfassung der Aufgaben Kataster/Vermessung auf Landesebene“	läuft bis Ende 2017	

<b>MIB (ehem. IM) - Polizei</b>			
<b>vor 2010</b>	Auflösung der PSt Tolk - Fusion mit der PSt Böklund	31.07.2009	Die aufgelisteten Organisationsänderungen führten nicht zu einem Personal- oder Stellenabbau in der Polizei
	Erweiterung des Zuständigkeitsbereiches der PSt Krummesse	16.12.2009	s.o.
	Bestätigung der PSt Stockelsdorf	30.01.2009	s.o.
	Auflösung Fachdienst Fahndung - VÜD	01.07.2009	s.o.
	Auflösung PSt Westfehmar - Fusion mit PZSt Burg	31.07.2009	s.o.
	Auflösung PSt Langenhorn-Fusion mit der PZSt Bredstedt	01.08.2009	s.o.
<b>2010</b>	Auflösung der PSt Bargstedt - Fusion mit der PZSt Nortorf	01.08.2010	s.o.
	Auflösung des PBR Plön-Fusion mit dem PBR Kiel	01.09.2010	s.o.
	Umbenennung des Polizeibüros Büdelsdorf	01.09.2010	s.o.
	Einrichtung eines Polizei- und Bezirksreviers Bad Segeberg	01.10.2010	s.o.
<b>2011</b>	Auflösung der PSt Russee-Fusion mit der PSt Hassee	01.01.2011	s.o.
	Org. Zusammenlegung des Polizei-Autobahnreviers Mölln mit dem Polizei-Bezirksrevier Ratzeburg	01.01.2011	s.o.
	Auflösung der PSt Klausdorf (3) und Fusion mit der PZSt Schwentinental	01.03.2011	s.o.
	Auflösung der PSt Tolk und Fusion mit der PSt Böklund	01.07.2011	s.o.

	Zusammenlegung der PZSt'en Husum und Friedrichstadt	01.07.2011	s.o.
	Auflösung PSt Nordstrand und Fusion mit der PSt. Hattstedt	01.07.2011	s.o.
	Auflösung des PBR Neumünster und Fusion mit dem PBR Rendsburg	01.07.2011	s.o.
	Auflösung der PSt Steinhorst und Fusion mit der PSt Sandesneben	01.07.2011	s.o.
	Zusammenlegung KPSt Flensburg, BKI Flensburg, Ermittlungsdienst S zur BKI Nord	01.08.2011	s.o.
	Auflösung PSt'en Sylt-Ost, Wenningstedt und List; Verlegung der Aufgaben und Planstellen zur PZSt Sylt	01.10.2011	s.o.
	Org. Zusammenlegung des Polizei-Bezirksreviers Pinneberg mit dem Polizei-Autobahnrevier Elmshorn	01.10.2011	s.o.
	Org. Zusammenlegung PBR Bad Oldesloe mit dem PAR Bad Oldesloe	01.01.2011	s.o.
<b>bis 31.08.2012</b>	Auflösung der PSt Puttgarden und Fusion mit dem PR Fehmarn	01.01.2012	s.o.
	Umbenennung PZSt Sylt	01.01.2012	s.o.
	Umbenennung der PZSt Brunsbüttel und Nachordnung der PZSt Marne	01.01.2012	s.o.
	Auflösung PSt Weddingstedt und Fusion mit der PSt Hemmingstedt	01.01.2012	s.o.
	Umbenennung der KPSt Plön zur KPAST	01.01.2012	s.o.
	Umbenennung PZSt Segeberg und Nachordnung PZSt Wahlstedt	01.01.2012	s.o.
	Auflösung der PSt Sörup (PZSt Glücksburg) - Fusion mit der PSt Satrup (PZSt Tarp)	01.02.2012	s.o.

	Auflösung der PSt Hohenaspe und Fusion mit der PSt Schenefeld/PZSt Wilster	01.03.2012	s.o.
	Einrichtung eines gemeinsamen Ermittlungsdienstes S/K in Eckernförde	01.03.2012	s.o.
	Auflösung PSt Lägerdorf (Schimmelpilz); Aufgabe und Personal zum PR Itzehoe	01.04.2012	s.o.
	Auflösung PSt Rabel (1); Übertragung Aufgabe und Stelle an PZSt Kappeln (Fusion Nord)	01.06.2012	s.o.
	Einrichtung PSt Buntekuh	01.06.2012	s.o.
	Umbenennung PZSt Eckernförde, Nachordnung PZSt Gettorf	01.06.2012	s.o.
<b>ab 01.09.2012</b>	Auflösung PSt Mildstedt (1); Übertragung Aufgabe und Stelle an PR Husum (Fusion Nord)	01.10.2012	s.o.
	Auflösung PSt Hennstedt; Übertragung Aufgabe und Stelle an PZSt Kellinghusen	31.12.2012	s.o.
<b>2013</b>	Auflösung der PZSt Kappeln, Schleswig, Tarp, Harrislee, Glücksburg und Kropp.	01.01.2013	s.o.
	Fusion der PSt Handewitt, Harrislee, Medelby, Schafflund, Glücksburg, Langballig und Hürup mit dem 2. PR FL	01.01.2013	s.o.
	Fusion PSt FL-Innenstadt und Südstadt	01.01.2013	s.o.
	Fusion PSt FL Nordstadt-Duburg und Ostseebad-Klues	01.01.2013	s.o.
	Auflösung PSt Schwabstedt	01.01.2013	s.o.
	Auflösung PSt Hennstedt	01.01.2013	s.o.
	Auflösung PSt Bönebüttel	01.03.2013	s.o.

	Auflösung PSt Langballig	01.03.2013	s.o.
	Auflösung PSt Hürup	01.03.2013	s.o.
	Auflösung PSt Gelting	01.03.2013	s.o.
	Auflösung PSt Ostenfeld	01.04.2013	s.o.
	Auflösung der PZSt Tönning, Niebüll, Leck, Bredstedt und Wyk/Föhr	01.04.2013	s.o.
	Auflösung der Polizei-Zentralstationen Burg, Glückstadt, Wilster, Büsum, Lunden, Meldorf und Kellinghusen	01.04.2013	s.o.
	Auflösung PSt Wrist	01.04.2013	s.o.
	Auflösung PSt Appen	03.06.2013	s.o.
	Auflösung PSt Klanxbüll, Neukirchen und Risum-Lindholm	01.07.2013	s.o.
	Zusammenlegung PSt Tarp und Eggebek	01.08.2013	s.o.
	Auflösung PSt Heringsdorf	01.08.2013	s.o.
	Fusion ZSK Husum / Flensburg	01.10.2013	s.o.
	PZSt Kaltenkirchen, Bad Bramstedt, Henstedt-Ulzburg	01.10.2013	s.o.
	Auflösung PSt Süderlügum	01.07.2013	s.o.
	Fusion PSt Trappenkamp, PSt Bornhöved	01.06.2013	s.o.

	Fusion der Ermittlungsdienste des PR Elmshorn und der KPASSt Elmshorn	01.10.2013	s.o.
	Fusion der Ermittlungsdienste des PR Rendsburg und der KPASSt Rendsburg	01.10.2013	s.o.
	Auflösung PSt Strande	13.09.2013	s.o.
	Auflösung PSt Kollmar	01.11.2013	s.o.
	Auflösung PSt Oldendorf	01.10.2013	s.o.
	Umbenennung PZSt Reinbek zu PR Reinbek und Nachordnung der PZSt Glinde als PSt Glinde	01.12.2013	s.o.
	Auflösung Ermittlungsgruppe Jugend der KPSt Kiel und org. Einbindung in die Regelorganisation K	01.12.2013	s.o.
	Auflösung Ermittlungsgruppe Jugend der KPSt Lübeck und org. Einbindung in die Regelorganisation K	01.12.2013	s.o.
	Einbindung des Projektes PIAV in die Regelorganisation als LPA 25 PIAV	01.11.2013	s.o.
	Einrichtung Ständige Vertretung LKA; Anbindung Stabstelle und Abt. 1 bei StV	27.06.2013	s.o.
	Fusion SG 233 und 242 - Cybercrime; weitere Fusion SG 533 wird projektiert	16.10.2013	s.o.
	Auflösung der PD Husum und Zusammenlegung mit der PD Flensburg	22.10.2013	s.o.
<b>2014</b>	Einrichtung GED KPSt Schleswig, Husum, KPASSt Sylt	01.01.2014	s.o.
	Gliederung LKA Dez. 54 in SG 541 und 542	25.02.2014	s.o.
	Einrichtung von Bezirksdiensten bei den PR'en Schleswig und Husum	03.03.2014	s.o.



	Auflösung der PSt Wangels	01.03.2014	s.o.
	Änderung der Geschäftsverteilung in der Kriminalitätsbekämpfung LPA 122/LKA 11	01.04.2014	s.o.
	Auflösung PSt Neukirchen	01.01.2014	s.o.
	Auflösung PSt Brokstedt	01.07.2014	s.o.
	Auflösung PSt Wacken	01.05.2014	s.o.
	Auflösung PSt Hemmingstedt	01.07.2014	s.o.
	Auflösung PSt Nordhastedt	01.07.2014	s.o.
	Auflösung PSt St. Michaelisdonn	01.07.2014	s.o.
	Auflösung PSt St. Margareten	31.12.2014	s.o.
	Auflösung PSt Beidenfleth	01.10.2014	s.o.
	Auflösung PSt Friedrichskoog	01.07.2014	s.o.
	Auflösung PSt Hartenholm	01.05.2014	s.o.
	Auflösung der PSt Medelby	01.08.2014	s.o.
	Auflösung der PSt Alvesloe	01.05.2014	s.o.
	Auflösung der PSt Wiemersdorf	01.08.2014	s.o.
	Auflösung der PSt Sievershütten	01.08.2014	s.o.

	Auflösung der PSt Moorrege	01.05.2014	s.o.
	Auflösung der PSt Haseldorf	01.08.2014	s.o.
	Auflösung der PSt Holm	01.08.2014	s.o.
	Umsetzung Minerva: Fusion der bisherigen FI Ausbildung und FI Fortbildung zu einer FI AFB, Neugliederung der Fachbereiche, Fachgruppen und Fachgebiete	01.05.2014	s.o.
	Auflösung PBR Lübeck, PBR Eutin und PAR Scharbeutz unter Einrichtung eines PABR Scharbeutz	01.10.2014	s.o.
	Errichtung eines PR Plön, Auflösung PZSt Plön	01.07.2014	s.o.
	Fusion Sachgebiete 422 und 423 im LKA (Spuren)	01.07.2014	s.o.
	Errichtung einer Kriminalinspektion Bad Oldesloe, Nachordnung der KPSt RZ, Ahrensbg., Reinbek, Geesthacht	01.07.2014	Erwirtschaftete Synergien wurden genutzt, um bisher defizitär wahrgenommene operative Aufgaben in der
	Errichtung einer Kriminalinspektion Bad Segeberg, Nachordnung der KPSt Pinneberg, Elmshorn, Norderstedt	01.07.2014	Fläche im Bereich „Einsatz“ und „Ermittlungen“ zu stärken.
	Errichtung einer Kriminalinspektion Neumünster, Nachordnung der KPSt Rendsburg, Eckernförde	01.07.2014	
	Neuordnung K-Struktur BKI, KPSt Lübeck	01.10.2014	
	Neuordnung K-Struktur BKI, KPSt Kiel	01.10.2014	
	Auflösung der PSt en Hamdorf (2), Hohn (2) ; Übertragung Aufgaben, Zuständigkeiten und Personal an PSt Fockbek (3)	01.11.2014	

	Auflösung der PSt`en Büdelsdorf (3); Übertragung Aufgaben, Zuständigkeiten und Personal an PSt Owschlag (3)	noch offen, abhängig von sozialverträglicher Umsetzung des Personals	
	Auflösung der PSt Schacht-Audorf (3), Übertragung Aufgaben, Zuständigkeiten und Personal an PSt Osterrönfeld (6)	01.11.2014	
	Auflösung der PSt Fleckeby (1), Übertragung Aufgaben, Zuständigkeiten und Personal an PSt Ascheffel (5)	31.12.2014	
	Auflösung der PSt Waabs (1), Übertragung Aufgaben, Zuständigkeiten und Personal an PSt Damp (5)	31.12.2014	
	Auflösung PSt Zarpfen (2); Übertragung Aufgaben, Zuständigkeiten und Personal an PSt Reinfeld	31.12.2014	
	Auflösung der PSt Howacht (1); Übertragung Aufgaben, Zuständigkeiten und Personal an PSt Lütjenburg	31.12.2014	
	Teilung Sachgebiet 221 LKA in SG 221 neu und 224	01.12.2014	
	Auflösung der Stabstelle des LKA; Eingliederung der Aufgaben in Abteilung 1	01.12.2014	
	Neuordnung Abteilung 4 des LKA	31.12.2014	
	Neuordnung der KPAST / KPSt - Struktur der PD FL; Umbenennung KPAST Niebüll, Sylt	01.11.2014	

	<b><u>Eingeleitete Maßnahme</u></b>	<b><u>Stand der Umsetzung</u></b>	<b><u>Ergebnis und ggfs. weitere Planung</u></b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Bezeichnung</b></li> <li>• <b>Kurzbeschreibung und Zielsetzung</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>abgeschlossen</b></li> <li>• <b>läuft bis</b></li> <li>• <b>verlängert bis</b></li> </ul>	<b>mit Blick auf Personal-/Stellenabbau</b>
<b>MELUR - Ministerium</b>			
<b>2010</b>	Jährliche Personalplanungsgespräche - Beurteilung des Aufgaben- und Personalbestandes - Erfüllung der Personaleinsparvorgaben - Sicherstellung der Aufgabenerledigung	Jährlich fortlaufend	Die Personaleinsparvorgaben wurden erfüllt
<b>2011</b>	Jährliche Personalplanungsgespräche - Beurteilung des Aufgaben- und Personalbestandes - Erfüllung der Personaleinsparvorgaben - Sicherstellung der Aufgabenerledigung	Jährlich fortlaufend	Die Personaleinsparvorgaben wurden erfüllt
<b>bis 31.08.2012</b>	Jährliche Personalplanungsgespräche - Beurteilung des Aufgaben- und Personalbestandes - Erfüllung der Personaleinsparvorgaben - Sicherstellung der Aufgabenerledigung	Jährlich fortlaufend	Die Personaleinsparvorgaben wurden erfüllt
<b>seit 01.09.2012</b>			
<b>01.08.2013</b>	Zusammenlegung der Abt. V 2 und V 3	abgeschlossen	Umsetzung des Kabinettsbeschlusses zur Abteilungsreduzierung
<b>2013</b>	Jährliche Personalplanungsgespräche - Beurteilung des Aufgaben- und Personalbestandes - Erfüllung der Personaleinsparvorgaben - Sicherstellung der Aufgabenerledigung	Jährlich fortlaufend	Die Personaleinsparvorgaben wurden erfüllt
<b>2014</b>	Jährliche Personalplanungsgespräche - Beurteilung des Aufgaben- und Personalbestandes - Erfüllung der Personaleinsparvorgaben - Sicherstellung der Aufgabenerledigung	Jährlich fortlaufend	Die Personaleinsparvorgaben wurden erfüllt

<b>MELUR - nachgeordneter Bereich</b>			
<b>2010</b>	Konsolidierungsphase aus den Organisationsveränderungen der Jahre 2007 – 2009 LKN, LLUR, MELUR, BNUR, LSH	abgeschlossen	Unterstützt den Personalabbau
	Jährliche Personalplanungsgespräche - Beurteilung des Aufgaben- u. Personalbestands - Erfüllung der Personaleinsparvorgaben - Sicherstellung der Aufgabenerledigung	Jährlich fortlaufend	Die Personaleinsparvorgaben wurden erfüllt
<b>2011</b>	Schließung der Außenstellen Heide, Husum und Schleswig des LLUR	abgeschlossen	Unterstützt den Personalabbau
	Jährliche Personalplanungsgespräche - Beurteilung des Aufgaben- u. Personalbestands - Erfüllung der Personaleinsparvorgaben - Sicherstellung der Aufgabenerledigung	Jährlich fortlaufend	Die Personaleinsparvorgaben wurden erfüllt
<b>bis 31.08.2012</b>	Reorganisation des Landeslabors einschl. Schließung der Außenstelle Lübeck	abgeschlossen	LSH hat zwar keinen eigenen Personalabbaupfad, die Maßnahme sicherte aber die weitere Handlungsfähigkeit des Labors
	Jährliche Personalplanungsgespräche - Beurteilung des Aufgaben- u. Personalbestands - Erfüllung der Personaleinsparvorgaben - Sicherstellung der Aufgabenerledigung	Jährlich fortlaufend	Die Personaleinsparvorgaben wurden erfüllt
<b>seit 01.09.2012</b>			
<b>2013</b>	Reduzierung der Bodenordnung	Läuft bis 2020	Unterstützt den Personalabbau
	Jährliche Personalplanungsgespräche - Beurteilung des Aufgaben- u. Personalbestands - Erfüllung der Personaleinsparvorgaben - Sicherstellung der Aufgabenerledigung	Jährlich fortlaufend	Die Personaleinsparvorgaben wurden erfüllt
<b>2014</b>	Jährliche Personalplanungsgespräche - Beurteilung des Aufgaben- u. Personalbestands - Erfüllung der Personaleinsparvorgaben - Sicherstellung der Aufgabenerledigung	Jährlich fortlaufend	Die Personaleinsparvorgaben wurden erfüllt

	<u>Eingeleitete Maßnahme</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bezeichnung</li> <li>• Kurzbeschreibung und Zielsetzung</li> </ul>	<u>Stand der Umsetzung</u> <ul style="list-style-type: none"> <li>• abgeschlossen</li> <li>• läuft bis</li> <li>• verlängert bis</li> </ul>	<u>Ergebnis und ggfs. weitere Planung</u> mit Blick auf Personal-/Stellenabbau
<b>FM - Ministerium</b>			
2010	Personalmanagement- und Organisationskonzept des FM (POK-FM) Die erforderlichen Einsparungen wurden anteilig entsprechend ihrer Größe auf die Abteilungen heruntergebrochen. Den ihnen danach zugewiesenen Abbaupfad verfolgen die Abteilungen eigenverantwortlich. Die Einhaltung des Abbaupfads wird durch ein Berichtswesen überwacht. Wenn eine Abteilung ihr Ziel nicht erreicht, soll sie durch die anderen Abteilungen unterstützt werden. Ziel ist die gerechte Verteilung der Einsparungen innerhalb des Hauses unter Wahrung der Eigenverantwortung der Abteilungen.	ist bis auf weiteres anzuwenden	
	Reduzierung der Abteilungen von 5 auf 3 Einsparung von zwei AL	abgeschlossen 01.03.2010	Einsparung von zwei AL-Posten
	Zusammenlegung von Referaten Einsparung von Referatsleitungen	abgeschlossen 01.10.2010	Reduzierung um insgesamt fünf Referatsleitungen
2011			
bis 31.08.2012	Übernahme des Botendienstes durch Mitarbeiter der Werkstatt Drachensee (Kooperationsvertrag mit der Werkstatt Drachensee)		Einsparung einer Botenstelle
seit 01.09.2012	(nachrichtlich: 01.09.2012 Verlagerung von drei Referaten zum IM aufgrund der Änderung der GV der LR)		
2013			
2014	Zusammenlegung von Referaten Einsparung von Referatsleitungen	abgeschlossen 01.02.2014	Reduzierung um eine Referatsleitung

FM - nachgeordneter Bereich			
<b>2010</b>	<p>Start des Projekts „Zukunft Steuerverwaltung 2020“ - <u>Modul 1</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• betroffene Behörden: alle Finanzämter</li> </ul> <p>Analyse aller Arbeitsbereiche der Finanzämter sowie Untersuchung auf Optimierungspotenziale sowie auf finanzamtsinterne bzw. -übergreifende Aufgabenkonzentrationen (Abschlussbericht: Umdruck 17/1977)</p>	<p>Modul 1: abgeschlossen im Januar 2011 – Umsetzung läuft und wird mindestens bis in das Jahr 2016 andauern</p>	<p>Insgesamt werden Stelleneinsparungen im Umfang von voraussichtlich etwa 115 – 120 Vollzeitäquivalenten erwartet.</p>
	<p>Personaleinsparkonzept 2011-2020 des AIT</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Amt für Informationstechnik</li> </ul> <p>Personengenaue Planung anhand der natürlichen Fluktuation bis 2020, in welchen Jahren in welchem Umfang die Einsparvorgaben erbracht werden können</p>	<p>läuft bis 2020</p>	
	<p>Auflösung eines Sachgebiets</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Amt für Informationstechnik</li> </ul> <p>Auflösung eines Sachgebiets wegen Aufgabewegfall (KONSENS BuStra/Steufa)</p>	<p>abgeschlossen zum 01.11.2010</p>	<p>teilweise Umsetzung des vorhandenen Personals auf andere Arbeitsplätze innerhalb des AIT, teilweise Personalabbau durch Versetzung an andere Dienststellen</p>
	<p>Projekte SPC und Organisation (Dataport-) Standort Kiel</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Amt für Informationstechnik</li> </ul> <p>IT-Projekt; Abbau von Doppelstrukturen im IT-Bereich der Steuerverwaltung S-H gegenüber dem Landesstandard S-H</p>	<p>läuft weiter</p>	<p>Aufgaben – und Personalübergang mit Übergang von 12 Personen zu Dataport zum 01.10.2014 und entspr. Stelleneinsparung (s.a. Eintrag bei 2013). Mit Personalübergang im Oktober 2014/ Ende der Rückkehroption am 31.03.2015 endete das Projekt Standort KI. Das Projekt SPC wird im 1. Quartal 2016 beendet, verbliebene Aufgaben aus den Projekten werden in der Linienorganisation des AIT fortgeführt. Ein weiterer Personalabbau ist nicht mehr zu erwarten.</p>

<b>2011</b>	<p>Start des Projekts „Zukunft Steuerverwaltung 2020“ – <u>Modul 2</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• betroffene Behörden: alle Finanzämter</li> </ul> <p>Behördenstrukturreform (Abschlussbericht: Umdruck18/687)</p>	<p>Modul 2: abgeschlossen durch Kabinettsbeschluss vom 27.11.2012 – Umsetzung wird mindestens bis in das Jahr 2016 andauern.</p>	<p>Es ergeben sich keine signifikanten Stelleneinsparungen aus dem Modul 2. Aus der Behördenstrukturreform ergeben sich in erster Linie wichtige <u>qualitative Vorteile</u>, deren wirtschaftliche Vorteile nicht zu beziffern sind. Mit den vorgestellten Strukturmaßnahmen wird die Arbeitsfähigkeit der einzelnen Dienststellen in den Finanzämtern trotz erheblicher Personalabgänge in den nächsten Jahren sichergestellt. Ohne die personelle Verstärkung der Arbeitsbereiche und die Erhöhung der Flexibilität beim Einsatz der Personalressourcen könnten kleinere Standorte schon bald an ihre Leistungsgrenzen stoßen. Eine verminderte Qualität beim Vollzug der Steuergesetze ist vor dem Hintergrund drohender Steuerausfälle nicht hinnehmbar.</p>
	<p>Verbesserung der Abläufe und Wirtschaftlichkeit der Beihilfe</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Finanzverwaltungsamt Schleswig-Holstein</li> </ul> <p>Durch das Projekt eBeihilfe sollen die technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Beihilfebearbeitung effizient auszurichten und Einsparungen im Beihilfetransfervolumen zu erreichen.</p>	<p>Projekt musste aufgrund von Software-Problemen verlängert werden. Abschlusstermin kann zur Zeit nicht benannt werden.</p>	<p>Personaleinsparungen in einer Größenordnung von ca. 5,3 VZÄ nach Produktivsetzung eBeihilfe Stufe 1a und ca. 0,2 VZÄ nach Produktivsetzung eBeihilfe Stufe 1b – siehe auch Umdruck 18/4554. Diese Personaleinsparungen werden zur Erbringung der Personalkosteneinsparverpflichtungen des FVA bis 2020 verwendet. Nach aktueller Planung soll die Stufe 1a im August 2016, die Stufe 1b Ende März 2018 eingeführt sein.</p>
<b>bis 31.08.2012</b>			
<b>seit 01.09.2012</b>	<p>Auflösung eines Sachgebiets</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Amt für Informationstechnik</li> </ul> <p>Auflösung eines Sachgebiets durch Zusammenlegung mit einem anderen Sachgebiet</p>	<p>abgeschlossen zum 01.01.2013</p>	<p>Einsparung eines SGL-Postens</p>



<b>2013</b>	<p>Untersuchung der Organisationsstrukturen und der Personalbemessung durch eine externe Unternehmensberatung (CSC)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Finanzverwaltungsamt Schleswig-Holstein</li> </ul> <p>Durchführung einer ganzheitlichen Organisationsuntersuchung zur derzeitigen Aufstellung, Effizienz und die Zukunftsfähigkeit der bestehenden Aufbau- und Ablauforganisation im FVA auch im Hinblick auf die geplante Einführung von KoPers wie auch die Weiterentwicklung des FVA zum Landesverwaltungsamt. Zudem Bewertung des Personalaufwands für alle vom FVA wahrgenommenen Aufgaben einschl. Entwicklung eines Verfahrens zur Personalbemessung beim FVA.</p>	<p>Läuft seit 17.06.2013 bis zum 30.11.2013</p>	<p>Die Organisationsuntersuchung liefert wichtige Erkenntnisse für die geplante Errichtung eines Dienstleistungszentrums Personal im Zuge der Realisierung des künftigen kooperativen Personalmanagements in der Landesverwaltung. Dies gilt sowohl hinsichtlich der künftigen Aufbauorganisation wie auch der erforderlichen Personalausstattung des absehbar personell stark aufwachsenden DLZP bis 2017.</p> <p>Darüber hinaus wurde auf Basis der Organisationsuntersuchung in 2014 der Personalbedarf des FVA einvernehmlich zwischen FM und FVA festgelegt, so dass jetzt eine Personalbemessung entsprechend dem tatsächlichen Bedarf möglich ist.</p>
	<p>Projekt SPC – Teilmaßnahme: Aufgabenübertragung an Dataport</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Amt für Informationstechnik</li> </ul> <p>Aufgabenübertragung für den Produktionsbereich und die technischen Services an Dataport mit Personalübergang</p>	<p>abgeschlossen am 01.10.2014 (31.03.2015)</p>	<p>12 Stellen/Personen</p> <p>Die Umsetzung des Aufgaben- und Personalübergangs bewirkt für das AIT ausschließlich eine Stellenreduzierung. Das entsprechende Personalkostenbudget wird nicht eingespart, sondern in den Einzelplan 14 (IT-Kosten) verlagert.</p>

<b>2014</b>	<p>Personalreduzierung in der Spielbankrevision (Maßnahme aus Modul 1 des Projekts „Zukunft Steuerverwaltung 2020“)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• betroffene Behörden: Finanzämter Flensburg, Kiel-Nord, Lübeck, Nordfriesland, Pinneberg</li> </ul> <p>Zentralisierung der Zuständigkeit für Festsetzung und Erhebung der Spielbankabgabe sowie der Spielbankrevision beim FA Kiel-Nord unter gleichzeitiger Reduzierung des Umfangs der personellen Überwachung des „Großen Spiels“ (nur noch stichprobenweise Überwachung, auch mit Hilfe ausgeweiteter Videotechnik, anstelle der bisherigen permanenten personellen Überwachung)</p> <p>Ziel: Reduzierung des Personalbedarfs in der Spielbankrevision um ca. 20 Stellen zur Unterstützung der Erfüllung der Personaleinsparvorgaben für die Steuerverwaltung.</p>	<p>Die rechtlichen Voraussetzungen für eine Reduzierung der Überwachungstätigkeit sind geschaffen mit Änderung des Spielbankgesetzes und der Dienstordnung für die Spielbankrevision vom Juni bzw. Juli 2014. Die organisatorischen Änderungen (Änderung der Zuständigkeitsverordnung, Versetzung der betroffenen Personen) sind mit Wirkung zum 1.1.2015 erfolgt.</p>	<p>Die Reduzierung des Personalbestands in der Spielbankrevision um insgesamt ca. 20 Stellen wird sukzessive entsprechend dem altersbedingten Ausscheiden derzeitiger Spielbankrevisoren erfolgen und voraussichtlich innerhalb der nächsten 5 Jahre abgeschlossen sein.</p>
	<p>Einführung der Erhebungsstelle (Maßnahme aus Modul 1 des Projekts „Zukunft Steuerverwaltung 2020“)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• betroffene Behörden: alle Finanzämter</li> </ul> <p>Einführung einer überwiegend ganzheitlichen Bearbeitung im Bereich der Steuererhebung durch Zusammenführung der Arbeitsbereiche Finanzkasse, Vollstreckungsstelle, Haftungsstelle und Stundungs- und Erlasssstelle zur Erhebungsstelle</p>	<p>Umstellung der Finanzämter abgeschlossen im Frühjahr 2014</p>	<p>Reduzierung des Personalbedarfs um insgesamt rund 38 Vollzeitäquivalente. Die daraus resultierenden Stellenreduzierungen bei den einzelnen Finanzämtern werden sukzessive jeweils ca. zwei Jahre nach Abschluss der jeweiligen Einführung der Erhebungsstelle vorgenommen und zur Erbringung der Stelleneinsparvorgaben für die Steuerverwaltung genutzt.</p>
	<p>Ende der Organleihe bei der Kraftfahrzeugsteuer</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• betroffene Behörden: Finanzämter Bad Segeberg, Eckernförde-Schleswig, Itzehoe, Kiel-Süd, Nordfriesland, Lübeck, Ratzeburg und Pinneberg</li> </ul>	<p>abgeschlossen zum 30.06.2014</p>	<p>Reduzierung des Personalbedarfs um insgesamt rund 112 Vollzeitäquivalente. Das vorhandene Personal wird in anderen Arbeitsbereichen der Steuerverwaltung eingesetzt. Die Realisierung der Stelleneinsparungen erfolgt sukzessive entsprechend dem Stellenabbaupfad bis 2020 unter Nutzung der altersbedingten Fluktuation der Steuerverwaltung.</p>

	<u>Eingeleitete Maßnahme</u>	<u>Stand der Umsetzung</u>	<u>Ergebnis und ggfs. weitere Planung</u>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Bezeichnung</b></li> <li>• <b>Kurzbeschreibung und Zielsetzung</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>abgeschlossen</b></li> <li>• <b>läuft bis</b></li> <li>• <b>verlängert bis</b></li> </ul>	<b>mit Blick auf Personal-/Stellenabbau</b>
<b>MWAVT - Ministerium</b>			
<b>2010</b>	Einsparung der Funktion einer Referatsleitung durch Zusammenlegung von zwei Referaten.	abgeschlossen	Die Abteilung VII 5 gehört seit 01.09.2012 dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft an.
	Auflösung von drei Arbeitsplätzen durch Aufgabenumverteilung im jeweiligen Referat, Streichung der Aufgabe „Schleswig-Holstein-Fonds“	abgeschlossen	
<b>2011</b>	Auflösung von sieben Arbeitsplätzen durch Aufgabenumverteilung im jeweiligen Referat, Streichung der Aufgabe „Bauhäfen“, „Wirtschaftspreis Schleswig-Holstein 2009“	abgeschlossen	
	Verlagerung eines Arbeitsplatzes in den LBV-SH (Aufgabe „Mittelfristige Finanzplanung Bundesfernstraßen“ und damit verbundene Aufgaben)	abgeschlossen	
	Einsparung der Funktion zweier Referatsleitungen durch Zusammenlegung von je zwei Referaten zu einem	abgeschlossen	
<b>bis 31.08.2012</b>	Einsparung der Funktion einer Abteilungsleitung durch Auflösung einer Abteilung und Neuordnung der Referate.	abgeschlossen	
	Auflösung von zwei Arbeitsplätzen durch Aufgabenumverteilung im jeweiligen Referat, Streichung der Aufgabe „Vorbereitung und Durchführung der Messe ‚Husum Wind‘ und sonstiger Veranstaltungen im Energiebereich“	abgeschlossen	Das Referat VII 34 gehört seit 01.09.2012 dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume an.
	Verlagerung eines Arbeitsplatzes in die IB (Aufgabe „Anerkennung von Bildungsfreistellungsveranstaltungen“)	abgeschlossen	

<b>ab 01.09.2012</b>	Neueinrichtung einer neuen Abteilung ohne Besetzung der Abteilungsleitung	abgeschlossen	
	Neueinrichtung eines Arbeitsplatzes „Energiefragen der Wirtschaft“	abgeschlossen	
	Auflösung von zwei Arbeitsplätzen durch Aufgabenumverteilung im jeweiligen Referat	abgeschlossen	
<b>2013</b>	Auflösung von zwei Arbeitsplätzen durch Aufgabenumverteilung im Referat	abgeschlossen	
	Einrichtung von zwei Arbeitsplätzen für die Daueraufgabe „Geldwäscheprävention“	abgeschlossen	
	Übernahme des Arbeitsplatzes ‚Gesundheitswirtschaft‘ mit Stelle und Budget aus dem MSGFG	abgeschlossen	
	Auflösung der Allgemeinen Abteilung und Umwandlung in den Bereich VII Z „Zentrale Dienste“ (Größe: 4 Referate) in Abweichung der Vorgaben der GGO	abgeschlossen	Einsparung einer Abteilungsleitung
	Herauslösung des Referates VII Z 2 ‚Finanzen, Haushalt‘ aus dem Bereich VII Z (Größe neu: 3 Referate) als abteilungsfreies Referat, StW direkt zugeordnet	abgeschlossen	
	Einrichtung eines Arbeitsplatzes durch Neustrukturierung im Referat	abgeschlossen	
	Auflösung der Projektgruppe Maritime Nationale Konferenz (Herr Hartwig)	abgeschlossen	
<b>2014</b>	Auflösung/Zusammenlegung von zwei Referaten durch neue Aufgabenverteilung zwischen mehreren Referaten	abgeschlossen	Einsparung von zwei Referatsleitungen
	Auflösung von drei Arbeitsplätzen durch Aufgabenumverteilung im Referat bzw. zwischen Referaten	abgeschlossen	
	Einrichtung eines Arbeitsplatzes durch Neustrukturierung im Referat und gleichzeitige Auflösung eines Arbeitsplatzes durch Aufgabenneuverteilung im Referat	abgeschlossen	

	Aufgabenübertragung des Bereichs Bank- und Kreditwesen ins FM (weiterhin Spiegelfunktion) und gleichzeitige Auflösung eines Arbeitsplatzes	abgeschlossen	Umsetzungsmöglichkeit zur Deckung einer Vakanz
	Die StW direkt zugeordnete Projektgruppe Fehmarnbeltquerung (PG FBQ) wird der Abteilung VII 4 ‚Verkehr und Straßenbau‘ zugeordnet. Wahrnehmung der PG-Leitung durch die Referatsleitung VII 41.	abgeschlossen	Einsparung einer gesonderten Projektleitung
	Einrichtung von zwei Arbeitsplätzen ; Neue Aufgabenschwerpunkte: Ministeriumsübergreifendes Projekt Einführung der E-Akte, Auswahlverfahren für bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger	abgeschlossen	
	Zusammenlegung von zwei Arbeitsplätzen und neue Aufgabenschwerpunktsetzung	abgeschlossen	Einsparung einer Vorzimmerfunktion (Allgemeine Abteilung)
	Einrichtung einer Stabsstelle Dachmarke mit derzeit zwei vakanten Arbeitsplätzen durch Aufgabenübernahme aus der StK.	Einrichtung abgeschlossen, Besetzung der Vakanz folgt.	
<b>ab Juli 2014</b>	Auflösung eines Arbeitsplatzes durch Aufgabenumverteilung im Referat	abgeschlossen	Einsparung einer Stelle*
<b>MWAVT - nachgeordneter Bereich</b>			
<b>2010</b>	Optimierung der Straßenbau- und Verkehrsverwaltung 2010	abgeschlossen	
	Auf der Grundlage der seit Errichtung des Landesbetriebes im Jahre 2005 gewonnenen Erfahrungen wurde die Organisations- und Führungsstruktur des LBV-SH durch eine neue Geschäftsordnung optimiert.		Auch wenn die Steigerung der Effizienz im Vordergrund des Projekts stand, konnten in den Folgejahren auch 32 Stelleneinsparungen erreicht werden.
<b>2011</b>	keine		
<b>bis 31.08.2012</b>	keine		
<b>ab 01.09.2012</b>	keine		

<b>2013</b>	Optimierung der Straßenbau- und Verkehrsverwaltung 2013	läuft bis Anfang 2014, danach noch festzulegende Umsetzungsphase	
	Das Projekt dient vorrangig der Festlegung des vom LBV-SH unter Berücksichtigung des vorgegeben Personalabbaupfades künftig zu erbringenden Leistungsvolumens. Aufgrund des seit Errichtung des Landesbetriebes erfolgten Abbaus des Personals und der Kürzung der Finanzmittel für Fremdvergaben ist eine weitere Personal- und Kostenreduzierung nur noch durch Aufgabenabbau möglich.		Durch das Projekt soll die Einsparung von weiteren 98 Stellen bis 2020 sichergestellt werden.
<b>2013 und 2014</b>	<p>Im Rahmen der Aufgabenstellung des MWAVT zur „Optimierung der Straßenbau- und Verkehrsverwaltung Schleswig-Holstein“ sind verschiedene Verbesserungsvorschläge mit dem Ziel erarbeitet worden, Personal- und Kostenreduzierungen durch Aufgabenabbau und Prozessoptimierungen zu erreichen.</p> <p>Ein aktuelles Beispiel ist die Organisationsuntersuchung von Aufgaben im Geschäftsbereich „Service“ des LBV-SH, bei der durch externen Sachverstand Optimierungen ausgelotete werden sollen.</p>	Der Abschluss der vorgeschlagenen Maßnahmen kann im Einzelnen nicht genauer abgesehen werden.	Durch die „Optimierung der Straßenbau- und Verkehrsverwaltung“ soll die Einsparung von weiteren 98 Stellen bis 2020 sichergestellt werden.

	<b><u>Eingeleitete Maßnahme</u></b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bezeichnung</li> <li>• Kurzbeschreibung und Zielsetzung</li> </ul>	<b><u>Stand der Umsetzung</u></b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• abgeschlossen</li> <li>• läuft bis</li> <li>• verlängert bis</li> </ul>	<b><u>Ergebnis und ggfs. weitere Planung</u></b> mit Blick auf Personal-/Stellenabbau
<b>MSGWG (ehem. MSGFG) - Ministerium</b>			
<b>2010</b>			
<b>2011</b>	Arbeitsverdichtung und Wegfall von 2 Arbeitsplätzen im Personalreferat	abgeschlossen	Personaleinsparung
	Zusammenlegung der Arbeitsplätze VIII BR und VIII KSt	abgeschlossen	Personaleinsparung
	Auflösung der Abt. 5	abgeschlossen	Personaleinsparung
	Zusammenlegung der Referate VIII 20 und VIII 21	abgeschlossen	Personaleinsparung
	Zusammenlegung der Referate VIII 23 und VIII 24	abgeschlossen	Personaleinsparung
	Zusammenlegung der Referate VIII 33 und VIII 34	abgeschlossen	Personaleinsparung
	Zusammenlegung der ehem. Referate VIII 50 und VIII 51	abgeschlossen	Personaleinsparung
	Zusammenlegung der Referate VIII 43 und VIII 45	abgeschlossen	Personaleinsparung
	Auflösung der ehemaligen Referate VIII 53 und VIII 54	abgeschlossen	Personaleinsparung
<b>bis 31.08.2012</b>			
<b>seit 01.09.2012</b>	Aus- und Eingliederung mehrerer Aufgabenbereiche im Zuge der Regierungsumbildung	abgeschlossen	Personaleinsparung
	Umfangreiche Aufgabenumstrukturierungen in den 3 Fachabteilungen (betroffen waren insges.	abgeschlossen	Personaleinsparung

	10 Referate)		
	Aufgabenabbau und –verdichtung im Servicebereich	abgeschlossen	Personaleinsparung
<b>2013</b>	Einsparung der Stabsstelle „Strategische Sozialplanung“	abgeschlossen	Personaleinsparung
	Aufgabenabbau und –verdichtung im Servicebereich	abgeschlossen	Personaleinsparung
	Zusammenlegung der Referate VIII 35 und VIII 36	abgeschlossen	Personaleinsparung
<b>2014</b>	Zusammenlegung der Referate VIII 20 und VIII 21	abgeschlossen	Personaleinsparung
	Beginn der Organisationsuntersuchung im MSGWG durch ein externes Unternehmen	Die Untersuchung ist erst in 2015 abgeschlossen	Ergebnisse liegen in 2014 noch nicht vor.
<b>MSGWG (ehem. MSGFG) - nachgeordneter Bereich</b>			
<b>2010</b>			
<b>2011</b>			
<b>bis 31.08.2012</b>	Zusammenführung des Sozialen Entschädigungsrechts an 2 Standorten (Außenstellen Lübeck und Schleswig) infolge Rückgangs der Fallzahlen	01.03.2012 Lübeck 01.04.2012 Schleswig	Durch die Aufgabenverlagerungen konnten altersbedingte Personalabgänge in den Außenstellen Heide und Kiel kompensiert werden ohne Personalverschiebungen vornehmen zu müssen
<b>seit 01.09.2012</b>			
<b>2013</b>	Organisationüberprüfung durch ein externes Unternehmen	abgeschlossen	Ergebnisbericht vom 12.03.2014
<b>2014</b>	Vorbereitung der Umsetzung des Ergebnisses der Organisationsüberprüfung	lfd. Prozess, für 2014 abgeschlossen	Umsetzung der Ergebnisse in 2015 und den Folgejahren